Geschäftsbericht 2002
Arbeitsmarktservice Österreich

AMS
Arbeitsmarktservice
Österreich

Inhaltsverzeichnis

VORWORT DES VORSTANDES	3
VORWORT DES VERWALTUNGSRATSVORSITZENDEN	5
2002 AUF EINEN BLICK	7
DIE ARBEITSMARKTLAGE	10
DIE ZIELE 2002	14
DIE VERMITTLUNG	17
BERUFSINFORMATION UND QUALIFIKATIONSFORSCHUNG	26
DIE ARBEITSMARKTFÖRDERUNG	27
DIE EXISTENZSICHERUNG	38
DIE AUSLÄNDERBESCHÄFTIGUNG	40
DER PERSONALBERICHT	43
DAS EDV-Projekt AMS2000PLUS	45
EINKAUF UND IMMOBILIEN	48
DER FINANZBERICHT	50
DIE ORGANISATION	66

Vorwort des Vorstandes

Das Geschäftsjahr 2002 war für die MitarbeiterInnen und Führungskräfte des Arbeitsmarktservice Österreich eine außerordentliche Herausforderung. Wir waren erfolgreich bemüht, die konjunkturbedingten dynamischen Veränderungen am Arbeitsmarkt zu bewältigen und gleichzeitig Fortschritte in der Qualitätssicherung und Verbesserung der Dienstleistungen des AMS für seine Kundinnen und Kunden zu gewährleisten.

Die Rahmenbedingungen am österreichischen Arbeitsmarkt waren geprägt durch den Konjunktureinbruch bei gleichzeitiger Steigerung des Arbeitskräfteangebots. Der Anstieg der Arbeitslosigkeit, das rückläufige Stellenangebot und die forcierten Austauschprozesse auf dem Arbeitsmarkt verlangten dem AMS rasche Reaktionsfähigkeit und eine sorgfältige Festlegung der Unternehmensziele ab. Mit dem effizienten Einsatz des gesamten arbeitsmarktpolitischen Instrumentariums und der verstärkten Einschaltung in die Besetzungsstrategien der Unternehmen hat das AMS gezeigt, dass es den raschen und dramatischen Veränderungen auf dem Arbeitmarkt gewachsen ist.

Im Mittelpunkt der aktiven Arbeitsmarktpolitik standen vor allem zwei Ziele: die Ausgrenzung benachteiligter Personen aus dem Arbeitsmarkt zu verhindern und die Unternehmen bei der Besetzung offener Stellen zu unterstützen. So fanden trotz schwieriger Arbeitsmarktlage knapp 457.000 Jobsuchende wieder einen Arbeitsplatz, fast die Hälfte davon bereits innerhalb von drei, 90 % innerhalb von sechs Monaten. Die Verweildauer in Arbeitslosigkeit (der Zeitraum zwischen Eintritt in Arbeitslosigkeit und Antritt einer neuen Beschäftigung) hat 2002 keine Erhöhung erfahren und liegt mit 106 Tagen im österreichischen Durchschnitt (1999 waren es noch 125 Tage) und damit auf einem auch im europäischen Vergleich sehr günstigen Niveau. An der weiteren Reduktion wird das AMS nachhaltig arbeiten.

Die Zahl der dem AMS gemeldeten offenen Stellen konnte durch gezielte Akquisition, bedarfsgerechte Angebote und eine unterstützende Marketingkommunikation um fast 3.000 auf 257.000 Stellen erhöht werden. Knapp 71 % davon wurden innerhalb eines Monats besetzt. Die Zahl der zufriedenen Unternehmenskunden wurde damit weiter erhöht. Wir werden auch weiterhin bemüht sein, mit Leitbetrieben in den für das AMS wichtigen Branchen, aber auch mit Partnern im Bereich der Arbeitskräfteüberlasser und Arbeitsvermittler eine erfolgreiche Zusammenarbeit zu gestalten.

Das Arbeitsmarktservice hat sich zum Qualitätsmanagement nach den Grundsätzen des EFQM-Modells kommittiert. Der Prozess der kontinuierlichen Qualitätsverbesserung und -sicherung der Dienstleistungen des Arbeitsmarktservice wurde auch 2002 in allen Landesorganisationen und Regionalen Geschäftsstellen konsequent fortgesetzt. So wird etwa die Umstellung aller Regionalen Geschäftsstellen auf das „One-Stop-Shop"-Prinzip bis Anfang 2004 abgeschlossen werden. Die Dienstleistungen der Arbeitslosenversicherung und der Vermittlungsunterstützung werden damit in der Servicezone bei einem Kontakt angeboten. Jährliche Kundenzufriedenheitsmessungen durch repräsentative Umfragen bestätigen die Fortschritte in der Zustimmung unserer KundInnen zu diesem Organisationskonzept.

Im Jahr 2002 wurde mit dem „Best of AMS" zum ersten Mal ein österreichweiter Wettbewerb unter allen AMS-Geschäftsstellen ausgeschrieben, in dem die kundenfreundlichsten Geschäftsstellen prämiert wurden. Dieser Qualitätswettbewerb „Best of AMS" wird im Jahr 2003 wiederholt. Der Grad der Zufriedenheit unserer Kundinnen und Kunden – seien

sie arbeitsuchende Personen oder Betriebe – wird zukünftig auch eine Messgröße in der Zielsteuerung sein. Damit werden neben arbeitsmarktpolitischen Zielen mit den Geschäftsstellen auch quantifizierte Zielgrößen bei der Kundenzufriedenheit vereinbart.

Der Vorstand dankt allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für die hervorragende Arbeit im abgelaufenen Geschäftsjahr und verbindet diesen Dank auch mit der Anerkennung des Beitrages der Sozialpartnervertreter und Ministerien am Gesamterfolg des Unternehmens.

Dr. Herbert Buchinger
Vorsitzender des Vorstandes
Arbeitsmarktservice Österreich

Mag. Herbert Böhm
Mitglied des Vorstandes
Arbeitsmarktservice Österreich

Vorwort des Verwaltungsratsvorsitzenden

Das Jahr 2002 war – wie sich Ende 2001 schon abgezeichnet hat – auf Grund des starken Konjunktureinbruchs und der gleichzeitigen beträchtlichen Zunahme des Arbeitskräftepotenzials durch eine deutliche Steigerung der Arbeitslosigkeit und nur eine geringe Zunahme der Beschäftigung geprägt. Auch die Zahl der Langzeitarbeitslosen lag im Durchschnitt über dem entsprechenden Wert des Vorjahres. Konjunkturbedingt gab es im Jahresdurchschnitt um 21,8 % weniger gemeldete offene Stellen als im Jahr 2001. Trotzdem hat das Arbeitsmarktservice – im internationalen Vergleich – seine hervorragende Position auch 2002 bestätigt. Die EU-Arbeitslosenquote für Österreich lag mit 4,3 % erneut günstig. Nur die Länder Luxemburg und Niederlande wiesen eine niedrigere Quote auf.

Hinsichtlich der Zielerreichung 2002 gelang dem Arbeitsmarktservice trotz sich verschlechternder Arbeitsmarktlage eine Steigerung bei der Zahl der Stellenbesetzungen. Die Verhinderung der Übertritte in die Langzeitarbeitslosigkeit stellt den präventiven Aspekt der Bekämpfung von Arbeitslosigkeit dar. Dieses Ziel wurde nur in einigen Bundesländern verfehlt. Ebenso konnten die vereinbarten Ziele bei den Arbeitsaufnahmen von Älteren knapp nicht erreicht werden. Das Arbeitsmarktservice ging in seiner Grundannahme davon aus, dass es – auf Grund der Verzögerung des (inter)nationalen Konjunkturaufschwungs – nur zu einer deutlich langsameren Entspannung auf dem Arbeitsmarkt kommen wird als vorerst angenommen. Das Szenario, dass in Zukunft weniger die Arbeitsuchenden als vielmehr die Betriebe bei der adäquaten Besetzung ihrer Vakanzen ein Arbeitsmarktproblem haben werden, wird nicht so rasch eintreten. Vor dem Hintergrund dieser Entwicklung wird sich das Arbeitsmarktservice mittelfristig weiter darauf konzentrieren müssen, Arbeitslose so rasch wie möglich ins Beschäftigungssystem zu integrieren und auf der anderen Seite die zentrale Drehscheibe für die Besetzung der betrieblichen Vakanzen zu sein.

Die strategischen Schwerpunktsetzungen des Arbeitsmarktservice Österreich im Jahr 2002 gingen besonders stark in Richtung Qualitätssicherung der Dienstleistungen für die Kunden und Kundinnen. Im Zuge eines gesamtösterreichischen Reorganisationsprojekts werden mit Ende 2003 österreichweit weitestgehend alle Regionalen Geschäftsstellen auf das „One-Stop-Shop"-Prinzip umgestellt sein. Das bedeutet, dass die Dienstleistungen des Arbeitsmarktservice noch rationeller und den Bedürfnissen seiner KundInnen entsprechend umgesetzt werden können.

Doch angesichts der sich ständig und immer rascher ändernden Rahmenbedingungen wird das Arbeitsmarktservice künftig vor weiteren beträchtlichen Herausforderungen stehen. Bedingt durch die EU-Osterweiterung, die Erhöhung der Erwerbsbeteiligung Älterer und den Strukturwandel in der Wirtschaft insgesamt, um nur einige Punkte zu nennen, wird es notwendig sein, stärker als bisher an Strategien und Maßnahmen zur Verbesserung der Dienstleistungen zu arbeiten. Die Bundesregierung hat im Regierungsprogramm 2003 unter anderem eine Reform des Arbeitsmarktservice zwecks Steigerung der Effizienz bei der Arbeitsvermittlung, den Ausbau des Frühwarnsystems sowie die Flexibilisierung der Zumutbarkeitsbestimmungen in Aussicht genommen. Diese geplanten Maßnahmen werden weitere Veränderungen in den Rahmenbedingungen zur Folge haben, unter denen das Arbeitsmarktservice seine Leistungen erbringt.

Alle diese Umstände bedeuten für das Arbeitsmarktservice – auch in Anbetracht seiner sich dramatisch verknappenden finanziellen und personellen Ressourcen – eine weitere Herausforderung, die es zu meistern gilt.

Eine möglichst rasche Beendigung der Arbeitslosigkeit liegt im Interesse der Betroffenen, der öffentlichen Hand und der gesamten Gesellschaft. Die Herbeiführung einer optimalen Situation auf dem Arbeitsmarkt ist eine umfassende gesellschaftliche Aufgabe, die nur durch den konzertierten Einsatz auf einem ganzen Bündel von Politikfeldern erfolgreich gelöst werden kann. Der Arbeitsmarktpolitik und dem Arbeitsmarktservice kommt dabei eine unterstützende Rolle in der Nutzbarmachung der Chancen für den Einzelnen, die Konjunktur und Wirtschaftspolitik bieten, zu. Wenn Beschäftigungs- und Bildungspolitik die Rahmenbedingungen schaffen, kann das Arbeitsmarktservice durch aktives Beraten und Vermitteln, aber auch, wo nötig, durch Unterstützung beim Erwerb erforderlicher Qualifikationen und durch Erleichterung der Arbeitsaufnahme mittels entsprechender Geldleistungen an Arbeitsuchende und aufnahmebereite Betriebe seinen Beitrag zur Erreichung des Beschäftigungszieles leisten. Um dieser Aufgabe gerecht zu werden, ist eine ständige Überprüfung und Weiterentwicklung der Methoden und Instrumente nötig, derer sich das Arbeitsmarktservice dabei bedient.

Das Arbeitsmarktservice hat auch im Jahr 2002 – wie dieser Bericht belegt – in diesem Sinn wiederum erfolgreich gearbeitet und braucht darin den internationalen Vergleich nicht zu scheuen. Die österreichische Gesellschaft kann deshalb auch für die Zukunft mit einem leistungsstarken, kundenorientierten Arbeitsmarktservice rechnen, das auf geänderte Rahmenbedingungen rasch, angemessen und kompetent reagiert und durch seine Arbeit seinen Teil zur gesellschaftlichen Stabilität beiträgt.

Dr. Günther Steinbach
Vorsitzender des Verwaltungsrates

2002 auf einen Blick

Die Arbeitsmarktlage

- Die Arbeitslosenquote nach EU-Standards lag mit 4,3 % (Stand: 28. 3. 2003) (2001: 3,6 %) in Österreich auf einem vergleichsweise niedrigen Niveau (Männer: 4,1 %, Frauen: 4,5 %). Die Arbeitslosenquote der Europäischen Union lag bei 7,6 % (Männer: 6,8 %, Frauen: 8,6 %). Die Steigerung der Arbeitslosenquote von 2001 auf 2002 in Österreich beläuft sich auf 0,7 Prozentpunkte, im Durchschnitt der EU-15 lag sie bei 0,3 Prozentpunkten.
- Die Arbeitslosenquote nach traditioneller österreichischer Berechnungsmethode (registrierte Personen) stieg gegenüber 2001 von 6,1 % auf 6,9 % (Männer: 7,2 %, Frauen: 6,4 %). Die Arbeitslosenquote der Frauen liegt damit erneut unter der der Männer.
- Die durchschnittliche Arbeitslosigkeit lag 2002 bei rund 232.400 (2001: 203.900) Personen. Die Langzeitarbeitslosigkeit stieg weniger stark an (von 11.295 auf 12.839), sodass der Anteil der Langzeitarbeitslosen (über ein Jahr auf Jobsuche) mit 5,5 % gegenüber dem Jahr 2001 konstant blieb.
- Die Beschäftigung (inkl. KindergeldbezieherInnen, Präsenz- und Zivildienern) lag mit 3,155.200 Personen um rund 7.000 oder 0,2 % über dem Vorjahreswert. Vom Anstieg profitierten ausschließlich Frauen (plus 23.700 oder 1,7 %), bei den Männern ging die Beschäftigung gegenüber dem Vorjahr zurück (minus 16.600 oder 1,0 %).
- Die Zahl der Aktivbeschäftigung beträgt nur 3,063.512 und ist um 14.500 Personen gegenüber 2001 gesunken (-0,4 %). Während die Aktivbeschäftigung der Männer um 16.700 zurückgegangen ist, war bei den Frauen ein Zuwachs der Aktivbeschäftigung um 2.140 zu verzeichnen.
- 2002 gab es 817.100 Zugänge und 881.300 Abgänge aus der Arbeitslosigkeit. Die durchschnittliche Verweildauer der Abgänge betrug 106 Tage und war somit gleich hoch wie im Vorjahr.
- 50.200 Lehrstellensuchende (25.800 Männer, 24.400 Frauen) (2001: 47.100, 23.300 Männer, 23.700 Frauen) standen einer Gesamtzahl von 27.300 (2001: 29.100) offenen Lehrstellen gegenüber (Abgänge im Jahr und Bestand am Jahresende).

Die Vermittlung

- Rund 456.800 Arbeitslose und arbeitsuchende Personen (2001: 438.400) haben 2002 wieder eine Beschäftigung aufgenommen, davon 67 % innerhalb von drei und 92 % innerhalb von sechs Monaten.
- 2002 wurden dem AMS rund 276.100 offene Stellen gemeldet, 1,1 % mehr als im Vorjahr. Rund 257.000 offene Stellen konnten mit Unterstützung des Arbeitsmarktservice besetzt werden, rund 70 % davon bereits innerhalb eines Monats. Dies war ein wichtiger Beitrag zur raschen Hilfe für viele Personal suchende Betriebe.
- 72.300 offene Stellen wurden mit vorgemerkten Arbeitslosen durch intensive Vorauswahl und Beratungstätigkeit von BewerberInnen durch das AMS besetzt. Bei weiteren 21.100 Stellen erfolgte mit Unterstützung des AMS eine Besetzung durch nicht als arbeitslos vorgemerkte Personen. Rund 163.900 offene Stellen wurden ebenfalls besetzt, wobei das Informationsangebot des AMS und die Zugriffsmöglichkeiten über die Selbstbedienungsangebote des AMS eine wichtige Rolle spielten.
- 89.700 Arbeitslose über 45 Jahre haben 2002 eine Beschäftigung aufgenommen, das waren um 3.000 Personen mehr als 2001.
- Im Jahr 2002 kam es zu einem leichten Rückgang der Beschäftigungsaufnahmen von behinderten Personen um 7,4 %. Die Arbeitslosigkeit von Behinderten hat sich gleichzeitig um 4,2 % erhöht.

Die arbeitsmarktpolitischen Ziele und der Nationale Aktionsplan für Beschäftigung (NAP)

- Das AMS wendet seit der Ausgliederung 1994 den Grundsatz der Führung über Ziele an (Management by objectives).
- 2002 konnten fast alle arbeitsmarktpolitischen Ziele erfüllt werden. Nur das Ziel der Integration von Langzeitbeschäftigungslosen wurde nicht in allen Bundesländern erreicht.
- Die Zielvorgabe, die Maßnahmenquote („jahresdurchschnittliche Zahl an Arbeitslosen in aktiven Maßnahmen an allen Arbeitslosen inklusive derer in aktiven Maßnahmen") bis zum Jahr 2002 auf 20 % zu verdoppeln, konnte mit 19,1 % fast erreicht werden.
- Das NAP-Ziel der Halbierung der Übertrittsquote von Jugendlichen in die Langzeitarbeitslosigkeit (Basisjahr 1996) wurde erreicht. Die Übertrittsquote von weiblichen Jugendlichen konnte von 10,5 % auf 3,5 %, die der männlichen von 7,9 % auf 3,4 % gesenkt werden.
- Die Halbierung der Übertrittsquote der Erwachsenen (Basisjahr 1996) wurde auch 2002 erreicht. Die Übertrittsquote von Frauen wurde von 8,3 % auf 3,5 %, die der Männer von 5,9 % auf 3,5 % gesenkt.

Die Arbeitsmarktförderung

- Die Zahl der geförderten Personen lag bei rund 219.200 und erhöhte sich gegenüber 2001 um 17,5 %.
- Da einer Person im Jahr mehrere Beihilfen gewährt werden können, wurden für die 219.200 geförderten Personen insgesamt rund 578.300 Förderfälle abgewickelt.
- Qualifizierungsmaßnahmen stellen mit 181.800 geförderten Personen die wichtigste Strategie zur Lösung von Arbeitsmarktproblemen dar.
- Der Frauenanteil an allen geförderten Personen beträgt 56,4 % (2001: 56,8 %). Mit 57 % der geförderten Personen weist der Bereich der Qualifizierungsbeihilfen den höchsten Frauenanteil auf.
- Jede fünfte im Jahr 2002 geförderte Person war beschäftigt, 80 % waren arbeitslos. Die Verschiebung zugunsten von Beihilfen für Beschäftigte geht auf die Steigerung der Schulung von Beschäftigten im Rahmen des ESF und auf Kurzarbeitsbeihilfen zurück.
- Die Förderausgaben des AMS betrugen € 619,4 Mio. gegenüber € 598,95 Mio., das entspricht einer Steigerung um 3,4 % gegenüber 2001. Von den Gesamtausgaben entfielen € 78,1 Mio. (13 %) auf ESF-Mittel.
- Die „aktivierten" passiven Mittel (Leistungen aus der Arbeitslosenversicherung bei aktiven arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen, z. B. bei Arbeitsstiftungen) betrugen € 168,67 Mio.
- Rund 63 % des Förderbudgets entfielen auf Qualifizierungsmaßnahmen, rund 29 % auf Beschäftigungsmaßnahmen, die restlichen 8 % auf Unterstützungsmaßnahmen.

Die Existenzsicherung

- Im Jahresdurchschnitt bezogen rund 270.700 (2001: 233.900) Personen Leistungen aus der Arbeitslosenversicherung. Insgesamt wurden € 2,83 Mrd. ausbezahlt.

- Für die Leistungen wurden rund 914.100 (2001: 866.400) Anträge gestellt, wovon 34.000 (2001: 33.800) abgelehnt wurden. In Sanktionsfällen wurden insgesamt 65.400 (2001: 63.700) Bescheide erlassen.

Die Ausländerbeschäftigung

- 2002 wurden von den AMS-Geschäftsstellen insgesamt 103.466 Anträge auf Erteilung einer Beschäftigungsbewilligung (plus 850 gegenüber 2001) bearbeitet.
- 2002 wurden deutliche Rückgänge bei den Anträgen auf Arbeitserlaubnis (minus 2.073 gegenüber 2001) und Befreiungsschein (minus 4.570 gegenüber 2001) verzeichnet. Diese Entwicklung dürfte mit der hohen Zahl an Einbürgerungen und der geringen Neuzulassung von ausländischen Arbeitskräften in nichtsaisonalen Dienstverhältnissen zusammenhängen.

Der Personalbericht

- 2002 waren auf 4.174 Planstellen rund 4.561 MitarbeiterInnen beschäftigt. Davon waren zum Stichtag 31. 12. 2002 62 % Frauen; 29,4 % der MitarbeiterInnen des AMS waren Beamtinnen und Beamte. 2002 betrug die Gesamtfluktuationsrate rund 3,14 %.
- 2002 haben insgesamt 337 MitarbeiterInnen (245 Frauen, 92 Männer) 15 Lehrgänge der AMS-Grundausbildung besucht. Die Auszubildenden konsumierten insgesamt 15.451 Ausbildungstage in der zentralen Ausbildungseinrichtung in Linz.
- 2002 wurden von den AMS-MitarbeiterInnen rund 27.000 Tage für Weiterbildung verwendet. Pro MitarbeiterIn wurden 6,5 Ausbildungstage absolviert.

Gender Mainstreaming

- Das AMS hat sich zum Ziel gesetzt, bis 2004 die europaweit geforderte Strategie des „Gender Mainstreaming" zur Erreichung der Gleichstellung von Frauen und Männern auf dem Arbeitsmarkt in alle Planungs- und Entscheidungsprozesse zu implementieren. Als Voraussetzung dafür werden Daten geschlechtsspezifisch abgefragt, analysiert und aufbereitet. In den Qualitätssicherungsverfahren ist die Formulierung von Gleichstellungszielen vorgesehen. Durch die konsequente Förderung der Gleichstellung von Frauen und Männern will das AMS auch die Dienstleistungen für seine Kundinnen und Kunden verbessern und damit deren Zufriedenheit erhöhen.

Der Finanzbericht

Der Vorstand des AMS hat gem. § 45 Abs. 2 AMSG dem VWR den geprüften Jahresabschluss und Geschäftsbericht zur Genehmigung vorzulegen.

- Der Jahresabschluss zum 31. Dezember 2002 wurde gemäß § 45 Abs. 1 i. V. mit § 47 Abs. 1 AMSG (BGBl. 1994/313 idgF) nach den Bestimmungen des Handelsgesetzbuches in der Fassung des Rechnungslegungsgesetzes 1990 für den eigenen Wirkungsbereich erstellt, vom Wirtschaftsprüfer geprüft und mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen. Der Jahresabschluss wurde im Verwaltungsrat des AMS am 27. Mai 2003 verabschiedet.
- Gemäß § 46 AMSG i. V. mit § 42 Abs. 1 AMSG wurden dem Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit die entsprechenden Daten für den Rechnungsabschluss der Gebarung Arbeitsmarktpolitik zur Verfügung gestellt.

Die Arbeitsmarktlage

Die unselbständige Beschäftigung lag im Jahr 2002 mit rund 3,155.161 um 7.007 oder 0,2 % höher als im Vorjahr. Da das Potenzial an Arbeitskräften um 35.541 oder 1,1 % auf 3,387.579 anstieg und somit deutlich über dem Beschäftigungswachstum lag, nahm die Arbeitslosigkeit um 28.534 oder 14,0 % auf 232.418 zu. Die Arbeitslosenquote (Anteil der Arbeitslosen am Arbeitskräftepotenzial, das ist die Summe der Arbeitslosen und unselbständig Beschäftigten) stieg von 6,1 % auf 6,9 %. Die nach Eurostat-Kriterien berechnete saisonbereinigte Arbeitslosenquote lag 2002 bei 4,3 % (Stand: 28. 3. 2003) (2001: 3,6 %). Die durchschnittliche Arbeitslosenquote der Europäischen Union wies einen Wert von 7,6 % auf.

Arbeitslosenquoten 2002 nach Kriterien der Europäischen Union

	gesamt		Frauen		Männer	
	2002	2001	2002	2001	2002	2001
Europäische Union	**7,6**	**7,3**	**6,8**	**6,4**	**8,6**	**8,5**
Luxemburg	2,4	2,0	2,2	1,7	2,7	2,4
Niederlande	2,7	2,4	2,5	2,0	3,0	2,9
Zypern	3,8	4,4	2,9	2,9	5,0	6,4
Norwegen	3,9	3,6	4,1	3,7	3,6	3,5
Österreich	**4,3**	**3,6**	**4,1**	**3,2**	**4,5**	**4,2**
Irland	4,4	3,9	4,6	4,0	4,0	3,8
Dänemark	4,5	4,3	4,4	3,9	4,6	4,9
Schweden	4,9	4,9	5,3	5,2	4,5	4,5
Großbritannien	5,1	5,0	5,6	5,5	4,5	4,4
Portugal	5,1	4,1	4,2	3,2	6,1	5,1
Ungarn	5,6	5,6	6,0	6,1	5,1	4,9
USA	5,8	4,8	5,9	4,8	5,6	4,7
Slowenien	6,0	5,8	5,7	5,5	6,4	6,2
Rumänien	7,0	6,6	7,3	6,9	6,6	6,2
Belgien	7,3	6,7	6,6	6,0	8,2	7,6
Tschechien	7,3	8,0	5,9	6,7	9,0	9,7
Malta	7,4	6,7	6,4	6,1	9,8	8,0
Deutschland	8,2	7,7	8,3	7,7	8,0	7,8
Frankreich	8,7	8,5	7,8	7,0	9,9	10,3
Italien	9,0	9,4	7,0	7,3	12,2	12,9
Estland	9,1	11,8	9,8	11,5	8,4	12,0
Finnland	9,1	9,1	9,1	8,6	9,1	9,7
Griechenland	9,9	10,4	6,6	6,9	15,0	15,5
Türkei	10,4	8,5	10,7	8,8	9,4	7,9
Spanien	11,4	10,6	8,0	7,5	16,4	15,4
Lettland	12,8	12,8	13,7	14,1	11,8	11,6
Litauen	13,1	16,1	13,3	18,4	13,0	13,8
Bulgarien	18,1	19,2	18,7	20,0	17,4	18,4
Slowakei	18,6	19,4	18,4	19,8	18,8	18,9
Polen	19,9	18,5	19,1	17,1	20,9	20,2

Quelle: Eurostat, NewCronos-Datenbank, 22. 4. 2003, Definitionen siehe Erläuterungen

Im Jahr 2002 hat die Dynamik am Arbeitsmarkt erneut zugenommen. Die Regionalen Geschäftsstellen des AMS verzeichneten 817.100 Zugänge in die Arbeitslosigkeit (2001: 807.600).

Im selben Zeitraum gab es 881.300 Abgänge aus der Arbeitslosigkeit (2001: 823.800). Davon wurde die Arbeitslosigkeit in 456.800 Fällen (2001: 438.400) wegen einer Beschäftigungsaufnahme und in 104.100 Fällen (2001: 91.900) wegen Teilnahme an einer Förderungsmaßnahme beendet.

Von allen Abgängen entfielen im Jahr 2002 nach dem Wunschberuf (hier wird vom AMS der angestrebte und nicht der erlernte Beruf gezählt) 250.000 oder 28,4 % auf Saisonberufe (davon 15.500 auf land- und forstwirtschaftliche Berufe, 112.700 auf Bauberufe und 121.800 auf Fremdenverkehrsberufe). Im Jahr 2001 gab es 249.300 Abgänge aus Saisonberufen, bei einem Anteil von 30,3 % an allen Abgängen (davon 15.300 in land- und forstwirtschaftliche Berufe, 109.400 in Bauberufe und 124.600 in Fremdenverkehrsberufe). Im Laufe des Jahres 2002 waren 751.600 Personen zumindest einen Tag von Arbeitslosigkeit betroffen (2001: 706.200 Personen).

Frauen – Männer. Die Frauenbeschäftigung stieg 2002 um 23.654 oder 1,7 % auf rund 1,424.100. Der stärkere Anstieg des Arbeitskräftepotenzials der Frauen um 33.135 oder 2,2 % auf rund 1,522.100 erhöhte die Arbeitslosigkeit der Frauen um 9.481 oder 10,7 % auf rund 98.000. Die Arbeitslosenquote der Frauen stieg um 0,5 Prozentpunkte auf 6,4 %.

Die Männerbeschäftigung ging 2002 um 16.646 oder 1,0 % auf rund 1,731.100 zurück. Die leichte Zunahme des Arbeitskräftepotenzials der Männer um 2.406 oder 0,1 % auf rund 1,865.400 trug zur Zunahme der Arbeitslosigkeit der Männer um 19.053 oder 16,5 % auf rund 134.400 bei. Die Arbeitslosenquote der Männer stieg um einen Prozentpunkt auf 7,2 %.

Wirtschaftssektoren. Im Primärsektor (Land- und Forstwirtschaft, Fischerei), in dem weniger als 1 % der unselbständig Beschäftigten arbeiten, erhöhte sich 2002 die Beschäftigung um 401 auf 25.900. Die Arbeitslosigkeit betrug 4.000 (+297), die Arbeitslosenquote 13,4 % (2001: 12,7 %).

Im Sekundärsektor (Sachgütererzeugung, Bauwesen, Bergbau, Energie- und Wasserversorgung), der rund 28 % aller unselbständig Beschäftigten umfasst, verringerte sich die Beschäftigung insgesamt um 23.087 auf 879.800. Die Arbeitslosigkeit betrug 86.200 (+9.794) und die Arbeitslosenquote 8,9 % (2001: 7,8 %).

Im Tertiärsektor (Dienstleistungen), in dem mehr als zwei Drittel aller unselbständig Beschäftigten tätig sind, gab es 2002 einen Beschäftigungszuwachs von 8.093 auf 2,157.900. Die Arbeitslosigkeit betrug rund 128.700 (+14.718) und die Arbeitslosenquote 5,6 % (2001: 5,0 %).

Berufe. Die Zunahme der Arbeitslosigkeit nach Berufen entfiel 2002 im Vergleich zu 2001 zu mehr als der Hälfte (54 %) auf Dienstleistungsberufe (ohne Fremdenverkehrsberufe): In diesen erhöhte sich die Arbeitslosigkeit um 16,8 % auf rund 106.600.

In Produktionsberufen (ohne Bauberufe) stieg die Arbeitslosigkeit um 17,1 % auf 67.500 und in Saisonberufen um 5,9 % auf rund 58.100 (davon in land- und forstwirtschaftlichen Berufen um 5,2 % auf 4.162, in Bauberufen um 4,6 % auf 27.893 und in Fremdenverkehrsberufen um 7,4 % auf 26.037). Der Anteil der Saisonberufe am durchschnittlichen Arbeitslosenbestand lag im Jahr 2002 bei 25,0 % (2001: 26,9 %).

Alter. Die Arbeitslosigkeit stieg bei den 15- bis unter 25-Jährigen um 18,4 % auf rund 36.600 (Arbeitslosenquote von 7,0 %, Steigerung um 1,1 Prozentpunkte) und bei den 25- bis unter 44-Jährigen um 12,5 % auf rund 123.300. Bei den 45- bis unter 50-Jährigen nahm die Arbeitslosigkeit um 17,4% auf 24.100 zu. 48.400 waren 50-Jährige und Ältere, um 12,9 % mehr als im Vorjahr (entspricht einer Arbeitslosenquote von 9,1 % und einer Steigerung von 0,6 Prozentpunkten). Bei den 60-Jährigen und Älteren gab es eine deutliche Zunahme der Arbeitslosigkeit um 38,2 % auf rund 4.000.

Nach EU-Kriterien lag die Arbeitslosenquote der 15- bis unter 25-Jährigen in Österreich bei 6,8 % (plus ein Prozentpunkt), im Durchschnitt der EU-Länder lag sie bei 15,0 % (+0,4 Prozentpunkte).

Ausbildung. Die Struktur der Arbeitslosigkeit zeigt grundsätzlich, dass das Risiko, arbeitslos zu werden, mit steigender Bildung sinkt. Nach Ausbildungsstufen betrachtet stieg die Arbeitslosigkeit zwar am absolut stärksten bei Personen mit maximal Pflichtschulabschluss (+11.627 oder +12,5 %), gefolgt von den Personen mit Lehrabschluss (+9.796 oder +12,5 %). Prozentuell am größten waren die Zunahmen der Arbeitslosigkeit bei Personen mit Abschluss einer allgemein bildenden oder einer berufsbildenden höheren Schule, einer Akademie, Universität oder Fachhochschule (AHS: +25,0 %, BHS: +26,5 %, Akademie, Universität, Fachhochschule: +29,6 %). Durchschnittlich betrug die Zunahme der Arbeitslosigkeit bei Personen mit berufsbildenen mittleren Schulen 12,9 %.

Ausländische Arbeitskräfte. 2002 lag die Beschäftigung ausländischer Arbeitskräfte einschließlich EWR-BürgerInnen bei 334.400 und damit um 1,6 % über dem Vorjahresniveau. Die Arbeitslosigkeit der ausländischen Arbeitskräfte war mit rund 36.100 um 18,0 % höher als vor einem Jahr. Die Arbeitslosenquote erhöhte sich von 8,5 % auf 9,8 %.

Offene Stellen. Die Gesamtzahl der 2002 beim AMS verfügbaren offenen Stellen (Abgänge offener Stellen plus Bestand im Dezember) betrug 298.700 (2001: 305.000). Insgesamt gingen 276.100 (2001: 273.200) offene Stellen zu und 278.100 (2001: 282.000) Stellen ab.

Mit einem durchschnittlichen Angebot von rund 23.200 gemeldeten offenen Stellen gab es um 6.481 oder 21,8 % weniger als im Vorjahr. Zusätzlich suchten Unternehmen über den eJob-Room des AMS (mit rund 5.800 aktiven Jobprofilen) Arbeitsuchende aus dem Kreis der Arbeitslosen und Beschäftigten (53.600 aktive Bewerbungen im Jahr 2002).

Lehrstellen. 2002 waren im AMS 27.300 offene Lehrstellen (2001: 29.100) für eine Gesamtzahl von rund 50.200 (2001: rund 47.100) vorgemerkten Lehrstellensuchenden verfügbar. Davon waren 25.800 (2001: 23.300) für junge Männer und 24.400 (2001: 23.700) für junge Frauen. Nahezu alle Lehrstellensuchenden und die Mehrzahl der Lehrbetriebe nahmen die Dienstleistungen des AMS in Anspruch.

Arbeitslosenquoten regional im Jahr 2002 in %

	Bgld.	Ktn.	NÖ	OÖ	Sbg.	Stmk.	Tirol	Vbg.	Wien	Öst.
Gesamt	**8,6**	**8,2**	**6,9**	**4,7**	**4,9**	**7,2**	**5,3**	**5,1**	**9,0**	**6,9**
Männer	9,1	8,5	7,2	4,6	5,0	7,5	5,2	4,8	10,3	7,2
Frauen	8,1	7,8	6,5	4,8	4,8	6,9	5,5	5,6	7,6	6,4

Erläuterung: Arbeitslosenquote national und international

Die **nationale Arbeitslosenquote** berechnet sich als Anteil der Zahl der beim AMS registrierten arbeitslosen Personen am unselbständigen Arbeitskräftepotenzial (beim AMS vorgemerkte arbeitslose Personen und beim Hauptverband der Sozialversicherungsträger erfasste unselbständige Beschäftigte).

Die **internationale Arbeitslosenquote** berechnet sich als Anteil der aufgrund der jährlichen Arbeitskräfteerhebung der Gemeinschaft ermittelten Zahl an arbeitslosen Personen an allen Erwerbspersonen (d. h. der Zahl der Erwerbstätigen und der arbeitslosen Personen), wobei für die Zeit zwischen den Erhebungsergebnissen Schätzungen anhand der Registerdaten vorgenommen werden.

Arbeitslos nach ILO (Labour-Force-Konzept) sind jene Personen, die

- (während der Bezugswoche) nicht erwerbstätig waren,
- aktiv einen Arbeitsplatz suchen (Suche in den letzten vier Wochen) und
- sofort (d. h. innerhalb von zwei Wochen) für eine Arbeitsaufnahme verfügbar sind.

Erwerbstätig nach ILO sind Personen von 15 Jahren und mehr, die

- mindestens eine Stunde in der (Bezugs-)Woche gearbeitet haben. Jene Personen, die zwar nicht gearbeitet haben (etwa wegen Krankheit oder Urlaub), sonst aber erwerstätig sind, zählen auch als erwerbstätig. Zu den Erwerbstätigen gehören unselbständig und selbständig Beschäftigte bzw. ihre mithelfenden Familienangehörigen. Einbezogen sind auch geringfügig Erwerbstätige.

Die unterschiedlichen Methoden und Definitionen, hier Arbeitslosigkeit aus dem Vormerkregister des AMS und unselbständige Beschäftigung des Hauptverbandes der Sozialversicherungsträger, dort Arbeitslosigkeit und Erwerbstätigkeit einschließlich der selbständigen Erwerbstätigkeit aus jährlichen Umfragen durch Statistik Austria und Weiterverarbeitung durch Eurostat Luxemburg unter Verwendung von Registerdaten, erklären die Unterschiede in den Arbeitslosenquoten.

Die Ziele 2002

Auf der Grundlage der voraussichtlichen Entwicklung des Arbeitsmarktes 2002 setzte das Arbeitsmarktservice folgende Schwerpunkte:

Erhöhung der Stellenbesetzung

Durch ein möglichst großes Angebot an offenen Stellen möchte das AMS zu mehr Transparenz beitragen und sich damit als führendes Dienstleistungsunternehmen am Arbeitsmarkt positionieren.

Verhinderung von dauerhafter Ausgrenzung aus dem Beschäftigungssystem sowie Unterstützung der Anpassung der Arbeitskräfte an den strukturellen Wandel

Die Verhinderung der Übertritte in die Langzeitarbeitslosigkeit stellte den präventiven Aspekt der Bekämpfung von Arbeitslosigkeit dar. Die Chancen auf Integration in den ersten oder zweiten Arbeitsmarkt von bereits Langzeitarbeitslosen und Älteren sollten erhöht werden. Die Arbeitsaufnahme von Frauen nach Teilnahme an Schulungen stellte einen weiteren Schwerpunkt dar.

Entwicklung der Humanressourcen

Die stark gestiegene Nachfrage nach Fachkräften im Bereich der Informations- und Kommunikationstechnologie unterstützte das AMS durch spezifische Schulungen von Arbeitslosen.

Zielerreichung 2002

- Ein wesentlicher Faktor für den Erfolg der Vermittlungstätigkeit des AMS sind ein transparenter Arbeitsmarkt und gute Kontakte zur Wirtschaft. Trotz sich verschlechternder Arbeitsmarktlage gelang eine Steigerung bei der Zahl der Stellenbesetzungen. Auch auf Seiten des Arbeitskräfteangebots konnten breitere Gruppen von Erwerbsinteressierten als KundInnen erschlossen und in den Arbeitsmarkt integriert werden.

- Prävention ist die zentrale Strategie zur Verhinderung von Langzeitarbeitslosigkeit. Die Maßnahmen des AMS zielen daher zum einen darauf, die Zahl der Übertritte von Personen in die Langzeitarbeitslosigkeit zu senken. Lediglich rund 2 % aller Arbeitslosen wurden langzeitarbeitslos (mehr als zwölf Monate), bei Jugendlichen beträgt das Risiko, länger als sechs Monate keine Arbeit zu finden, ca. 3 %.

- Zum anderen soll bestehende Langzeitarbeitslosigkeit reduziert werden: Dieses Ziel wurde in einigen Bundesländern verfehlt. Ebenso konnten die vereinbarten Ziele bei den Arbeitsaufnahmen von Älteren knapp nicht erreicht werden.

- Steigerungen bei der Arbeitsmarktintegration erreichten Frauen nach Aus- und Weiterbildung mit einem Plus von 16 %. Deutlich konnte die Qualifizierung von Arbeitslosen im höherwertigen IKT-Bereich ausgeweitet werden: plus 80 %.

Zielsetzung

	Istwert 2002	Zielwert 2002	Istwert 2001
Stellenbesetzungen	252.134	Min. 248.277	241.723
Erschließung des Arbeitskräftepotenzials	21.468	Min. 14.740	12.478
Verhinderung von Langzeitarbeitslosigkeit (Übertrittsquote in Langzeitarbeitslosigkeit, > 1 Jahr)	2,3 %	Max. 2,5 %	1,9 %
Verhinderung von Jugend-Langzeitarbeitslosigkeit (Übertrittsquote in Langzeitarbeitslosigkeit, > 6 Monate)	3,0 %	Max. 3,0 %	2,5 %
Langzeitbeschäftigungslose in Arbeit bringen (Arbeitsaufnahmequote)	33,2 %	Min. 38,2 %	35,7 %
Integration von Älteren in den Arbeitsmarkt Arbeitsaufnahmequote Frauen ab 45 Jahren Arbeitsaufnahmequote Männer ab 50 Jahren	 52,2 % 52,4 %	 Min. 53,6 % Min. 53,4 %	 53,6 % 53,4 %
Erhöhung der Arbeitsmarktchancen von Frauen durch Aus- und Weiterbildung	14.602	Min. 12.557	12.856
Gezielte höherwertige IKT-Qualifizierung von Arbeitslosen	8.186	Min. 4.585	Kein Ziel

Nationaler Aktionsplan

Mit der saisonbereinigten Arbeitslosenquote der Europäischen Union (Eurostat) von 4,3 % für das Jahr 2002 hat Österreich das selbst gesteckte wesentlichste Ziel des Nationalen Aktionsplans (NAP), die Arbeitslosenquote nach EU-Standards bis 2002 auf 3,5 % zu reduzieren, deutlich verfehlt.

Im Rahmen der gesamteuropäischen Beschäftigungsstrategie („Luxemburger Prozess") werden auch im österreichischen Nationalen Aktionsplan für Beschäftigung die beschäftigungspolitischen Leitlinien konkretisiert. Dem Arbeitsmarktservice kommt dabei für die Erreichung der quantitativen Zielsetzungen der Leitlinien 1–3 („Verbesserung der Vermittelbarkeit") zentrale Bedeutung zu. Drei Zielsetzungen sollen realisiert werden:

- Halbierung des Übertritts von Jugendlichen bis 25 in die Langzeitarbeitslosigkeit bis 2002 (Leitlinie 1)
- Halbierung des Übertritts von Erwachsenen über 25 in die Langzeitarbeitslosigkeit bis 2002 (Leitlinie 2)
- Einbeziehung von 20 % der Arbeitslosen in Maßnahmen zur Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt im Jahr 2002 (Leitlinie 3)

Beide Übertrittsquoten wurden seit dem Basisjahr 1996 deutlich reduziert. Beide Zielwerte wurden bereits im Jahr 2001 realisiert und konnten auch 2002 erreicht werden.

Die **Halbierung der Übertrittsquote der Jugendlichen** wurde bereits im Jahr 2000 erreicht, konnte 2001 noch weiter gesenkt werden, ist aber 2002 auf Grund der Arbeitsmarktlage gestiegen. Das Ziel wurde jedoch deutlich erreicht. Die Übertrittsquote von weiblichen Jugendlichen konnte von 10,5 % auf 3,5 %, die der männlichen von 7,9 % auf 3,4 % gesenkt werden.

Die **Halbierung der Übertrittsquote der Erwachsenen**, hier ebenfalls deutlich stärker bei Frauen, wurde im Jahr 2001 erreicht und konnte auch 2002 auf diesem Niveau gehalten werden. Die Übertrittsquote von Frauen wurde von 8,3 % auf 3,5 %, die der Männer von 5,9 % auf 3,5 % gesenkt.

Die Zielvorgabe, die **Maßnahmenquote** („jahresdurchschnittliche Zahl an Arbeitslosen in aktiven Maßnahmen an allen Arbeitslosen inklusive derer in aktiven Maßnahmen") bis zum Jahr 2002 auf 20 % zu verdoppeln, konnte mit 19,1 % nahezu erreicht werden. Der im Jahr 2002 stark gestiegene Bestand an Arbeitslosen (+28.500) konnte auch durch die gestiegene Zahl der TeilnehmerInnen an aktiven Maßnahmen (+3.400) nicht ausgeglichen werden.

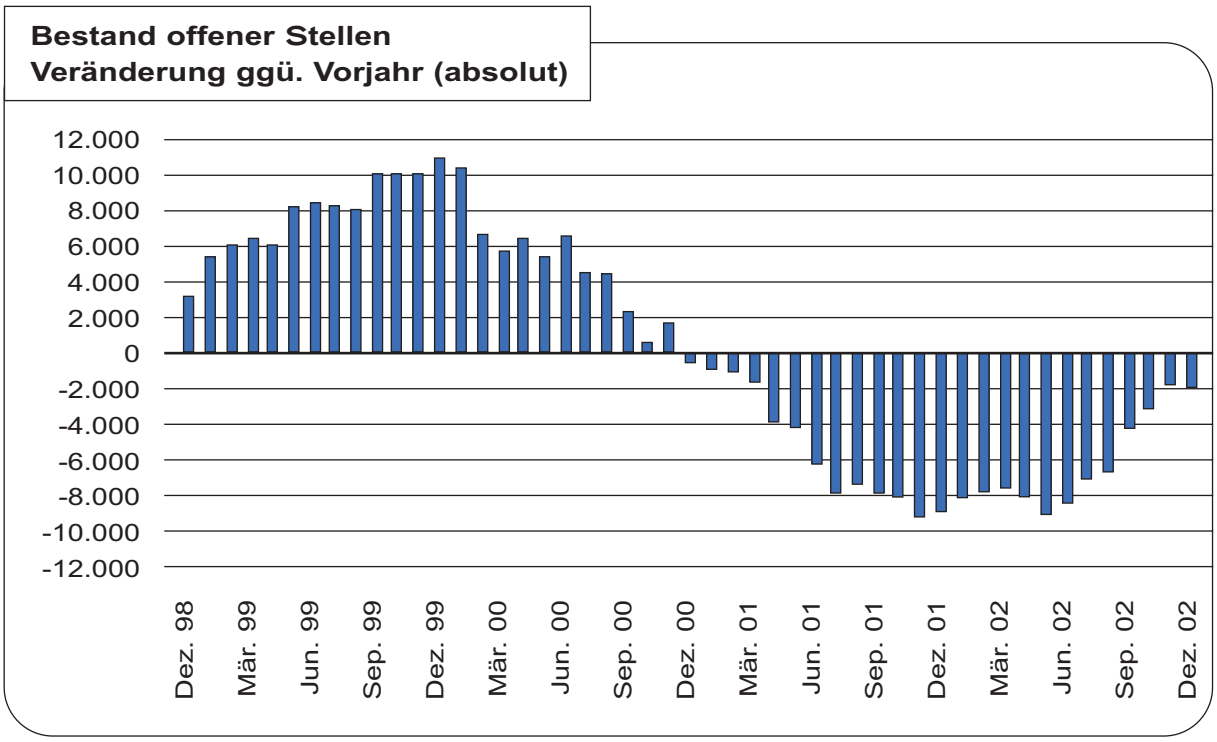
Der Anteil der weiblichen TeilnehmerInnen an aktiven Maßnahmen hat sich seit dem Jahr 1996 verdoppelt und ist von 11,4 % auf 22,2 % im Jahr 2002 gestiegen, der der Männer von 9,0 % auf 16,7 %.

Die Vermittlung

Die Dienstleistungen des AMS sind primär auf die Beratung arbeitsuchender und arbeitsloser Personen ausgerichtet. Nachhaltige Vermittlung ist das vorrangige Ziel. Existenzsichernde Leistungen sind diesem Ziel als Unterstützung zur Seite gestellt. Die effektivste Lösung eines Arbeitsmarktproblems ist die Verfügbarkeit einer geeigneten offenen Stelle.

Die Entwicklung des Stellenangebotes

Die nachstehende Grafik zeigt, dass das AMS seit Dezember 2000 im Vorjahresvergleich einen Rückgang an absolut gemeldeten offenen Stellen zu verzeichnen hatte. Dieser Trend hat sich zwar im Jahr 2002 fortgesetzt, allerdings ist seit Januar 2002 eine zunehmende Abschwächung dieser Entwicklung zu beobachten.



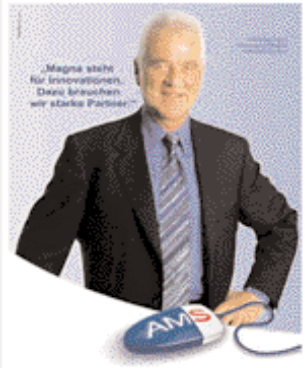
Im Berichtsjahr hat sich der Zugang offener Stellen trotz einer angespannten konjunkturellen Situation insgesamt um rund 2.944 oder + 1,1 % auf 276.145 erhöht.

Einen deutlichen Zuwachs an Stellenzugängen verzeichneten dabei Niederösterreich (+10,1 % bzw. + 4.450 absolut ggü. 2001) und Steiermark (+ 5,4 % bzw. + 2.234 ggü. 2001). Einen besonders deutlichen Rückgang an gemeldeten offenen Stellen gegenüber dem Vorjahr verzeichnete hingegen Wien mit -8,6 % (-3.348 absolut).

Beim Zugang an gemeldeten offenen Stellen nach Berufen konnte das AMS insbesondere im Bereich Landwirtschaft (+ 19,0 % oder + 4.019 absolut), Bau (+ 21,9% oder + 3.606 absolut), Fremdenverkehr (+ 2,9 % oder + 2.022 absolut) und Gesundheit (+ 11,5 % oder +733 absolut) Zuwächse verzeichnen. Rückgänge im Vergleich zum Vorjahr gab es in den technischen Berufen (-19,3 % oder -1.518 absolut), bei Büroberufen (-11,5 % oder -2.669 absolut) sowie bei den Hilfsberufen (-11,1 % oder -2.573 absolut).

Zugang offener Stellen	2002	2001	2000
	276.145	273.201	312.232

Parallel zu den intensiven Akquisitionsbemühungen widmete sich die Dachkampagne „AMS. Verlieren Sie keine Zeit", im Herbst 2002 ganz den Unternehmen. Mit dem Kampagnenschwerpunkt „Service für Unternehmen" wurde das arbeitsmarktpolitische Ziel, mehr offene Stellen zu akquirieren, unterstützt. Ziel der Kampagne ist es, das AMS als professionellen Partner für die Wirtschaft verstärkt zu positionieren und die Unternehmen über die AMS-Angebote zu informieren. Der Kerngedanke lautet: „Das AMS hilft den Unternehmen, keine Zeit zu verlieren." Umgesetzt wurde die Kampagne über Anzeigen, TV-Spots, PR- und Medienarbeit, im Internet sowie mit einem Expert Talk.



Für die Anzeigen und den TV-Spot konnten prominente WirtschaftsvertreterInnen gewonnen werden. Es sind dies: Frank Stronach (Magna), Vagn Soerensen (Austrian Airlines), Urs Meier (Ikea), Mario Plachutta (Plachutta Restaurants) bis hin zu Alexandra Graff (McDonald's).

Unter dem Motto „Hinter jedem erfolgreichen Unternehmen stecken gute MitarbeiterInnen" wird die professionelle Personalsuche durch das AMS kommuniziert.

AMS JobDay

Am 25. April 2002 fand unter dem Motto „4.180 MitarbeiterInnen laden Sie ein" der erste österreichweite AMS JobDay statt. Entsprechend dem Unternehmensmotto „Verlieren Sie keine Zeit" präsentierte das Arbeitsmarktservice der österreichischen Bevölkerung sein breites Leistungsspektrum in Form von öffentlichen Veranstaltungen direkt „auf der Straße". Ziel des AMS JobDay war es, die Bevölkerung über Jobs, Karriere und Weiterbildung am Arbeitsmarkt zu informieren sowie neue Berufstrends aufzuzeigen.

Neben umfassender Information und Beratung durch vor Ort anwesende AMS-MitarbeiterInnen zu Jobs, Karriere und Weiterbildung gab es auch Podiums- und Publikumsdiskussionen, Selbstbedienungscomputerterminals sowie ein umfangreiches Rahmenprogramm. Der AMS JobDay fand in Wien, Graz, Wiener Neustadt und Bregenz als Open-Air-Event und in den übrigen Bundesländern in den regionalen Geschäftsstellen statt. Die positive Resonanz der BesucherInnen, aber auch der AMS-MitarbeiterInnen sowie der Medien haben gezeigt, dass die Veranstaltung dem Informationsbedürfnis der Bevölkerung hervorragend entsprochen hat. Zusammenfassend kann auf jeden Fall gesagt werden, dass der JobDay 2002 ein voller Erfolg war.

Besetzung offener Stellen

Im Jahr 2002 wurden mit Unterstützung des AMS rund 257.000 offene Stellen besetzt, das entspricht einer Steigerung um 4,1 % gegenüber 2001, wobei sich das Stellenangebot um 0,5 % erhöht hat. Die Effizienz der Stellenbesetzung hat sich also auch 2002 verbessert.

	2002 in %	2002 absolut	2001 in %	2001 absolut	2000 in %	2000 absolut
innerhalb 1 Monats	70,5	181.534	65,0	160.830	64,4	176.343
innerhalb von 2 bis 3 Monaten	22,2	57.039	23,6	58.513	24,7	67.867
nach 3 Monaten	7,3	18.855	11,4	27.958	10,9	29.771
Gesamt		**257.428**		**247.301**		**273.981**

Die Besetzung offener Stellen muss rasch und treffsicher erfolgen, um den Unternehmen optimale Unterstützung bei der Personalsuche anzubieten. Das AMS hat dieser Anforderung entsprochen. 70,5 % oder rund 182.000 Stellen konnten innerhalb eines Monats besetzt werden, 2001 lag dieser Anteil noch bei 65 %. Rund 57.000 Stellen wurden innerhalb von zwei bis drei Monaten erfolgreich besetzt, der Rest konnte erst nach drei Monaten abgedeckt werden.

72.307 offene Stellen wurden mit vorgemerkten Arbeitslosen durch intensive Vorauswahl und Beratungstätigkeit von BewerberInnen durch das AMS besetzt. Bei weiteren 21.115 Stellen erfolgte mit Unterstützung des AMS eine Besetzung durch nicht als arbeitslos vorgemerkte Personen. 163.996 offene Stellen wurden mit – dem AMS namentlich nicht bekannten – Arbeitsuchenden besetzt, wobei das Informationsangebot des AMS und die Zugriffsmöglichkeiten über die Selbstbedienungsangebote des AMS ebenfalls eine wichtige Rolle spielten.

Im Laufe des Jahres 2002 gab es darüber hinaus 22.823 Besetzungen offener Lehrstellen. Insgesamt konnten somit 280.251 Stellenbesetzungen mit Unterstützung des Arbeitsmarktservice erzielt werden.

Neben dieser personalintensiven Betreuung der Stellenbesetzungswünsche der Unternehmen stellt das AMS allen Partnern am Arbeitsmarkt sein Informationsangebot sowie die Selbstbedienungssysteme, die in den vergangenen Jahren umfassend ausgebaut wurden, über die Homepage www.ams.or.at als Portal gratis zur Verfügung.

Unternehmensgründungen – Arbeitslose auf dem Weg in die Selbständigkeit

2002 Gründungen gesamt	Männer	Frauen	2001 Gründungen gesamt
3.191	2.144	1.047	2.200

Mit dem Unternehmensgründungsprogramm bietet das AMS seinen KundInnen eine Möglichkeit, sich im Rahmen selbständiger Erwerbstätigkeit einen neuen Arbeitsplatz zu schaffen. Neben dem Ziel, Arbeitsuchende bei der Gründung existenzfähiger Betriebe und der Schaffung von Arbeitsplätzen zu unterstützen, werden insbesondere Frauen, unter Berücksichtigung ihrer spezifischen Problemlage, verstärkt in das Unternehmensgründungsprogramm einbezogen.

Insgesamt wurden im Jahr 2002 in Österreich 27.738 Unternehmensneugründungen verzeichnet, davon wurden über das AMS insgesamt 3.191 Start-ups abgewickelt. Damit ist das Unternehmensgründungsprogramm des Arbeitsmarktservice eines der erfolgreichsten Gründerprogramme in Österreich.

Veränderung der Arbeitslosigkeit

Im Jahr 2002 gab es insgesamt 817.068 Zugänge in Arbeitslosigkeit (+9.411 absolut oder +1,2 % ggü. 2001) und 881.294 Abgänge aus der Arbeitslosigkeit oder Beendigung von Episoden (+57.517 absolut oder +7,0 % ggü. 2001).

Die durchschnittliche Verweildauer der Abgänge betrug – so wie im Vorjahr – 106 Tage. Dies ist ein Erfolg des Arbeitsmarktservice, konnte doch auf diese Weise in finanzieller Hinsicht eine stärkere Belastung des „Arbeitslosenversicherungstopfes" vermieden werden. Im Jahr 2002 entsprach ein Tag Arbeitslosigkeit einem finanzwirtschaftlichen Äquivalent von durchschnittlich € 6,91 Mio. (Aufwand für Arbeitslosengeld und Notstandshilfe inkl. Sozialversicherungsbeiträgen durch 365).

Beschäftigungsaufnahmen (nach der Dauer der Arbeitslosigkeit)

Dauer der Arbeitslosigkeit	2002 in %	2002 absolut	2001 in %	2001 absolut	2000 in %	2000 absolut
bis 1 Monat	23,6	107.740	25,1	110.146	25,8	109.870
bis 3 Monate	43,9	200.308	45,2	198.123	43,8	185.955
bis 6 Monate	24,0	109.832	21,9	95.895	21,8	92.540
bis 12 Monate	7,6	34.725	5,8	25.511	7,2	30.499
über 12 Monate	0,9	4.204	1,9	8.258	1,3	5.680
Summe Beschäftigungsaufnahmen		**456.809**		**438.422**		**424.544**

Trotz der schwierigen Arbeitsmarktlage fanden über 456.800 Jobsuchende, um rund 18.400 oder 4,2 % mehr als im Vorjahr, wieder einen Arbeitsplatz. Fast ein Viertel der Jobsuchenden fand bereits innerhalb eines Monats und weitere 40 % innerhalb von drei Monaten wieder einen Arbeitsplatz. 24 % waren bis zu sechs Monaten auf Jobsuche. Rund 7 % fanden innerhalb von sechs bis zwölf Monaten einen Job. Für nur knapp ein Prozent der Arbeitslosen dauerte die Jobsuche länger als ein Jahr – diese Zahl hat sich gegenüber dem Vorjahr halbiert.

	Arbeitsuchend	Lehrstellensuchend	Personen in Schulung
2002	10.121	13.099	24.239
2001	9.832	14.117	23.417

Neben den 456.809 Beschäftigungsaufnahmen aus der Arbeitslosigkeit konnten im Jahr 2002 über das AMS auch 10.121 Arbeitsuchende (beim AMS vorgemerkte Personen, die nicht arbeitslos sind) und 13.099 Lehrstellensuchende eine Arbeit aufnehmen. Darüber hinaus fanden 24.239 Arbeitsaufnahmen unmittelbar aus Qualifizierungsmaßnahmen statt. Insgesamt konnte das AMS rund einer halben Million Menschen (504.268, d. s. +18.480 absolut bzw. +3,8 % ggü. 2001) bei der Arbeitsaufnahme eine Hilfestellung geben.

Bestand arbeitsloser Personen	2002	2001	2000
Bestand arbeitsloser Personen insg.	**232.418**	**203.885**	**194.314**
Männer	134.377	115.324	107.509
Frauen	98.041	88.561	86.804
Frauenanteil	42,2 %	43,4 %	44,7 %
LZAL (> 1 Jahr)	12.839	11.295	19.142
LZAL-Anteil	5,5 %	5,5 %	9,9 %

Die Arbeitslosigkeit stieg im Durchschnitt 2002 um 28.534 oder 14,0 % und lag bei 232.418. Die Langzeitarbeitslosigkeit (Vormerkdauer länger als zwölf Monate) lag zwar im Durchschnitt mit 12.839 um 1.544 über dem Vorjahreswert, dennoch ist es dem AMS durch intensive Vermittlungstätigkeit und effektiven Mitteleinsatz gelungen, den Anteil an allen Arbeitslosen mit 5,5 % konstant gegenüber dem Vorjahr zu halten. Dieser Erfolg weist Österreich auch im internationalen Vergleich einen Spitzenplatz zu.

Beschäftigungsaufnahmen Älterer über 45

	2002	2001	2000
Arbeitslose über 45 Jahre gesamt	**89.709**	**86.700**	**77.052**
Männer	57.094	54.528	48.987
Frauen	32.615	32.172	28.065
Frauenanteil	36,3 %	37,1 %	36,4 %

Von den über 45-jährigen arbeitslosen Personen konnte 2002 die Zahl der Beschäftigungsaufnahmen des Vorjahres um rund 3.000 übertroffen werden. Die Zunahme der Arbeitslosigkeit der über 45-Jährigen arbeitslosen Personen war mit +14,4 % (+9.115 absolut auf 72.484) geringfügig über dem Durchschnitt aller Altersgruppen (14,0 %).

Beschäftigungsaufnahmen von behinderten Personen

	2002	2001	2000
Behinderte Personen gesamt	**30.036**	**32.444**	**33.164**
Männer	20.299	21.689	22.358
Frauen	9.737	10.755	11.708
Frauenanteil	32 %	33 %	35,3 %

Im Jahr 2002 kam es zu einem Rückgang der Beschäftigungsaufnahmen behinderter Personen um 7,4 %. Insgesamt betrug im Jahr 2002 die durchschnittliche Arbeitslosigkeit behinderter Personen 31.039 (2001: 29.767).

AMS-Selbstbedienungplattform im Internet: eJob-Room

Im Zuge der Weiterentwicklung wurde die Benutzerfreundlichkeit durch zusätzliche Features bezüglich der Funktionalität und Übersichtlichkeit der Applikation für die AnwenderInnen verbessert und die Performance und Stabilität des eJob-Room optimiert.

Ein weiterer Schwerpunkt der Entwicklung war 2002 die Vorbereitung der Zusammenführung von eJob-Room und Expertensystem des AMS in fachlicher und technischer Hinsicht. Dadurch soll einerseits ein übersichtliches Gesamtangebot aus Internet- und AMS-Datensätzen für unsere Kunden und Kundinnen erreicht werden und andererseits eine bessere Unterstützung durch das AMS bei der Selbstbedienung ermöglicht werden.

Durch Modifizierung der in der Applikation angebotenen Fragebögen für Arbeitsuchende und Unternehmen zur Beurteilung des eJob-Room wurde für die laufende Anpassung des eJob-Room an die Wünsche der UserInnen eine fundierte Grundlage geschaffen.

Ein zusätzlicher Zugang im eJob-Room wurde für jene Benutzer und Benutzerinnen eingerichtet, die ihren Wohn- bzw. Firmensitz im Ausland haben und einen Arbeitsplatz in Österreich suchen bzw. anbieten. Dadurch wurde die Nutzung des eJob-Room für Arbeitsuchende und Unternehmen im Ausland mit allen Features ermöglicht.

Insgesamt wurden im eJob-Room im Beobachtungszeitraum 3.703 neue Benutzerkonten von Unternehmen angelegt. Bei den Arbeitsuchenden ergab sich ein Zuwachs von 53.616 neuen Benutzerkonten.

Im Jahr 2002 hatten die registrierten Unternehmen insgesamt 19.455 Bewerberanfragen an Geschäftsstellen des AMS übermittelt. Unternehmen, die den eJob-Room ohne eigenes Benutzerkonto verwenden, haben 2002 insgesamt 40.475 Bewerberanfragen an AMS-Geschäftsstellen gerichtet.

Auch die sonstigen Selbstbedienungsangebote wie Selbstbedienungs-PCs (SAMSOMATen) in den AMS-Geschäftsstellen und BerufsInformationsZentren wurden 2002 intensiv genutzt. So wurden an den österreichweit rund 260 SAMSOMATen ca. 500.000 Suchen nach offenen Stellen durchgeführt. Die Selbstbedienungsangebote erfreuen sich steigender Beliebtheit bei Arbeitsuchenden und Unternehmen.

BerufsInformationsZentren

Mit der dynamischen Entwicklung am Arbeitsmarkt steigen die Anforderungen an Arbeitsuchende. Informationen über mehr als 2.700 Berufe, über Beschäftigungsmöglichkeiten und Aus- und Weiterbildungswege sowie über die Möglichkeiten für einen Branchenwechsel bie-ten die mittlerweile 56 BerufsInfoZentren (BIZ) des AMS.

Im Jahr 2002 haben sich insgesamt 458.222 Personen in den BIZ informiert, das sind um 41.336 Personen mehr als noch im Jahr zuvor. Darunter waren wieder mehr Mädchen und Frauen (247.629 bzw. 54 %) als Burschen und Männer (210.593 bzw. 46 %). In den letzten Jahren wurde auch beobachtet, dass vermehrt Erwachsene mit Informationsbedürfnissen die BIZ-Angebote nutzen. Ihr Anteil betrug im Jahr 2002 bereits 49,1 %. Insgesamt haben 77,1 % der GesamtbesucherInnen die BIZ einzeln – also nicht in einer Gruppe – besucht. Im Rahmen von Gruppenbesuchen nahmen 22,9 % bzw. 104.966 Personen die Dienstleistungen des BIZ in Anspruch.

In BIZ-Räumlichkeiten wurden weiters rund 6.600 Veranstaltungen für mehr als 124.000 Personen durchgeführt. Hier handelte es sich überwiegend um Informationsveranstaltungen für Schülerinnen und Schüler. Auch vermittlungsvorbereitende Veranstaltungen wie Bewerbungstrainings, Unterstützung bei der Berufsorientierung oder Jobfindingmaßnahmen wurden in den BIZ von einem großen Publikum besucht.

Neben den in den BIZ erhältlichen Informationsmappen, Broschüren und Videofilmen entwickelt sich das Internet zusehends zu einer Informationsschiene für den Bereich Berufsinformation. So wurde das Angebot auf der AMS-Homepage durch zahlreiche Informationsangebote und Broschüren zum Herunterladen ergänzt. Die Berufsinformationen sind auch online in den BIZ abrufbar.

AMS Award 2002 „Verlieren Sie keine Zeit“

Mit Oktober 2001 startete das AMS seinen ersten „Best of AMS“–Award. Dieser Wettbewerb für MitarbeiterInnen war Teil der seit September 2001 laufenden PR- und Werbekampagne „Verlieren Sie keine Zeit“. Er sollte dazu beitragen, die Dienstleistungen des AMS zu verbessern und die Zufriedenheit der Kundinnen und Kunden zu erhöhen. Prämiert wurden die aus Kundensicht freundlichsten Geschäftsstellen in ganz Österreich.

Ausgangslage für den AMS Award stellte das Client Monitoring System (CMS) dar. Aufbauend auf den Ergebnissen der letzten Kundenbefragung von 2001 wurden anhand von

multivariaten Analysemethoden jene Faktoren eruiert, die die Zufriedenheit der beiden KundInnengruppen des AMS, Arbeitsuchenden und Unternehmen, am stärksten beeinflussten. Das waren die Indikatoren Erreichbarkeit, Gemeinsame Problemlösung und Zeitnehmen für den Kunden und die Kundin. Gleichzeitig stellte sich im Zuge des CMS heraus, dass bei diesen Faktoren der Aufholbedarf am größten war.

Der Wettbewerb startete mit Ende Oktober 2001 und endete Mitte September 2002. Danach erfolgte eine telefonische Befragungswelle durch ein Marktforschungsinstitut, aus dem das Geschäftsstellenranking ermittelt wurde. Um die Geschäftsstellen auch miteinander vergleichen zu können, wurden die Geschäftsstellen insgesamt sechs Clustern zugeordnet.

In der Gruppe der Arbeitsuchenden wurden insgesamt 15.566 Personen befragt (ca. 160 Interviews pro Geschäftsstelle), in der Gruppe der Unternehmen wurden 9.993 Interviews durchgeführt (ca. 100 Interviews pro Geschäftsstelle).

Die kundenfreundlichsten Geschäftsstellen pro Cluster wurden im Rahmen einer Veranstaltung unter Anwesenheit von AMS-Prominenz (Vorstand, Verwaltungsratsmitglieder, LandesgeschäftsführerInnen etc.) ausgezeichnet.

Die ersten drei Geschäftsstellen pro Cluster (= 18 Geschäftsstellen) waren zum Event eingeladen (GeschäftsstellenleiterIn und vier MitarbeiterInnen pro Geschäftsstelle). Erst dort wurde bekannt gegeben, welche der nominierten Geschäftsstellen den ersten, zweiten bzw. dritten Platz im Cluster erreicht hatte. Alle 18 nominierten Geschäftsstellen wurden mit einer Urkunde ausgezeichnet. Darüber hinaus erhielten alle MitarbeiterInnen der Siegergeschäftsstellen symbolisch und ganz im Sinne des Mottos „Verlieren Sie keine Zeit" ein Paar AMS-Turnschuhe.

Am Tag der Preisverleihung wurden parallel zur Veranstaltung die gesamten Ergebnisse AMS-intern veröffentlicht und somit für jede/n MitarbeiterIn zugänglich gemacht.

Kundenreaktionsmanagement im AMS (ams.help)

Seit Implementierung des ams.help (1. September 2001) wurden im Zeitraum des ersten Berichtsjahres (9/2001 bis 8/2002) österreichweit insgesamt 3.914 Kundinnen- und Kundenreaktionen dokumentiert und für das gesamte Bundesgebiet ausgewertet. Der entsprechende Bericht stützt sich auf alle übermittelten Daten der LGS (samt allen RGS) und jene der BGS, die ausschließlich in anonymisierter Form zur Verfügung standen.

Die überwiegende Zahl von Kundinnen- und Kundenreaktionen kam von arbeitslosen Personen (75,8 %), gefolgt von jenen der Unternehmen (12,3 %). Beschwerden und Hilfeersuchen dominierten in allen Bundesländern, wobei die Beschwerden die Hilfeersuchen übertrafen. Österreichweit überwogen die mündlichen Kontaktnahmen. Hauptsächlich angesprochene Dienstleistungsbereiche waren Arbeitsmarktförderung, Service für Arbeitsuchende und Versicherungsleistungen. Die einzelnen Dienstleistungen sind nicht in jedem Fall einem Dienstleistungsbereich eindeutig zuordenbar. An erster Stelle der Kundenreaktionen liegen die „finanziellen Leistungen", gefolgt von „Beratung, Betreuung, Begleitung", „Arbeitsmarktausbildung" und „Arbeitsvermittlung". Als Reaktionsgründe dominieren bei allen Dienstleistungen „nicht erhalten" oder „nicht wunschgemäß".

Das Instrumentarium ams.help muss somit weiterhin systematisch für Verbesserungspotenziale und Innovationszyklen genützt werden. Nur durch systematische Dokumentation können organisatorische Fehler gefunden, entsprechende Vorkehrungen getroffen und MitarbeiterInnen- und KundInnenzufriedenheit gewährleistet werden.

EURES (EURopean Employment Services) 2002

EURES – die europaweite „Dachorganisation" der Arbeitsverwaltungen (PES) des EWR – zielt darauf ab, den europaweiten Stellenaustausch zu intensivieren und die Mobilität der ArbeitnehmerInnen zu erleichtern. Das Netzwerk mit seinen 15 EURES-BeraterInnen hat sich in Österreich vor allem im Wintertourismus bewährt, wo die Personalengpässe im Inland deutlich verringert werden konnten. Darüber hinaus wurde ein neues Vermittlungsprojekt für Ärztinnen und Ärzte (mit und ohne Praxisausbildung) nach Deutschland gestartet. Im Bereich Wellness/Gesundheitsberufe wurde ebenfalls ein überregionales Vermittlungsprojekt initiiert. Ergebnisse werden für 2003/04 erwartet.

Eine Datenbank, die auch über Internet und auf den Selbstbedienungsgeräten des AMS (SAMSOMATen) abrufbar ist, bietet aktuelle Informationen zum Thema Mobilität sowie Lebens- und Arbeitsbedingungen in allen EWR-Staaten. Österreich stellt derzeit den Grenz- und Partnerregionen etwa 25.000 Stellenangebote zur Verfügung, davon 2.000 allen EWR-Ländern. Österreich erhält im Gegenzug etwa 80.000 offene Stellen aus dem EWR, u. a. 75.000 aus Deutschland, 3.500 aus Frankreich und 500 aus Südtirol, die den Arbeitsuchenden auch über die Homepage des AMS und die Selbstbedienungsgeräte zur Verfügung stehen. Der Stellenaustausch mit der Schweiz wurde vorbereitet und soll 2003 realisiert werden.

Berufsinformation und Qualifikationsforschung

AMS-Forschung

Die regelmäßig erscheinenden Publikationen wie „AMS-Info" und „AMS-Report" sollen einen Informationstransfer über die wissenschaftliche Fachöffentlichkeit hinaus herstellen und stehen allen in den verschiedenen Institutionen, Organisationen und Unternehmen mit entsprechenden Fragestellungen befassten Personen sowie über Buchhandel, Bibliotheken und Internet einem breiteren Publikum zur Verfügung:
http://www.ams.or.at/b_info/index400.htm.

Das AMS Österreich stellt über das AMS-Forschungsnetzwerk ein Kommunikationsforum für private und öffentliche Forschungseinrichtungen zur Verfügung, das Aktivitäten auf dem Gebiet der Berufs- und Qualifikationsforschung darstellt und vernetzt. Die Plattform bietet darüber hinaus der interessierten Öffentlichkeit einschließlich der Medien einen raschen und nutzbringenden Zugang zu den Inhalten: http://www.ams.or.at/bis/forschungsnetzwerk/.

Neben Links zu relevanten Web-Infos des AMS enthält die Internetplattform des AMS-Forschungsnetzwerks insbesondere Hinweise zu Forschungseinrichtungen, Veranstaltungen sowie Materialien und Publikationen. Die Forschungs-Newsline, ein elektronischer Newsletter, informiert monatlich über Neuerscheinungen am Forschungsmarkt.

AMS-Berufsinformation

Die Aufbereitung von Informationen zur Entwicklung des Arbeitsmarktes und der Berufswelt bildet einen weiteren Schwerpunkt im Rahmen der Berufsinformations- und Qualifikations-forschung. Dabei geht es darum, die Erfordernisse an Qualifikationen und die Gestaltung von Angeboten der Aus- und Weiterbildung sinnvoll zusammenzuführen.

Infoblätter, Folder, Broschüren, CD-ROMs, Videos und die Website des AMS informieren über Berufe, Qualifikationsanforderungen sowie Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen.
Das Berufsinfoportal http://www.beruf4u.at bietet unter anderem Berufsdatenbanken, das umfangreiche AMS-Berufsinformationssystem und eine Weiterbildungsdatenbank.
Das Berufsinfosystem „McJob Online" ermöglicht das „Surfen" durch die gesamte Vielfalt von Ausbildungs- und Berufsmöglichkeiten.

Auf der Website stehen auch Broschüren zum Download zur Verfügung. AMS-Berufsinfo-videos können online bestellt werden: http://ams.filmservice.at/.
Um die Zielgruppen der Berufsinformation (insbesondere Jugendliche) kostengünstig zu erreichen, kooperiert das Arbeitsmarktservice auch mit Ministerien, Banken und Unternehmen, z. B. bei Internetportalen und speziellen Web-Anwendungen.

Ein einzigartiges kostenloses Service bietet etwa der in Kooperation von AMS, Hill Inter-national und 3s Unternehmensberatung entwickelte Onlineberufsneigungstest „Berufskompass". Wer unter der Adresse http://www.berufskompass.at eine Reihe von Fragen beantwortet, bekommt nicht nur eine detaillierte Auswertung der Ergebnisse, sondern auch eine Liste von Berufsvorschlägen mit den dazugehörigen Onlineberufsinforma-tionen.

Die Arbeitsmarktförderung

Geförderte Personen

Im Rahmen der Arbeitsmarktförderung wurden 2002 insgesamt rund 219.200 Personen gefördert. Da einer Person im Jahr mehrere Beihilfen gewährt werden können, wurden dabei insgesamt rund 578.300 Förderfälle abgewickelt. Die Zahl der geförderten Personen[1] erhöhte sich gegenüber 2001 um rund 32.700 (+17,5 %). Diese Erhöhung resultiert einerseits aus einer neuerlichen Steigerung des budgetären Aktivitätsniveaus (plus € 31 Mio. bzw. +5 % ggü. 2001) insbesondere im Bereich der Qualifizierung von Jugendlichen und andererseits aus einer Verringerung der durchschnittlichen Förderdauer und der durchschnittlichen Ausgaben pro Förderfall. Bei einer höheren Betroffenheit von Arbeitslosigkeit kamen Förderungen einem größeren Personenkreis zugute.

Bei der ausgewiesenen Anzahl von geförderten Personen wird eine Person, die mehrere Beihilfen erhält, zwar pro Kategorie (Beihilfe), aber in der Gesamtsumme nur einmal gezählt.

Verteilung der geförderten Personen

	2002			2001		
	Gesamt	davon Frauen	Frauen in %	Gesamt	davon Frauen	Frauen in %
Qualifizierung	181.821	103.836	57,1	150.342	85.844	57,1
Beschäftigung	26.608	12.795	48,1	25.806	12.858	49,8
Unterstützung	41.092	23.286	56,7	33.360	20.501	61,5
Gesamt	**219.173**	**123.622**	**56,4**	**186.482**	**105.884**	**56,8**
für Arbeitslose	174.846	86.923	49,7	159.277	83.632	52,5
für Beschäftigte	44.327	36.699	82,8	27.205	22.252	81,8

Der Frauenanteil an allen geförderten Personen beträgt 56,4 % (2001: 56,8 %). Mit 57 % der geförderten Personen weist der Bereich der Qualifizierungsbeihilfen den höchsten Frauenanteil auf. Der ebenfalls hohe Frauenanteil bei Unterstützungsbeihilfen geht auf die Kinderbetreuungsbeihilfen und KBE zurück. Bei den übrigen Beihilfen der Kategorie Unterstützung liegt der Frauenanteil mit 47,7 % auch unter dem unterdurchschnittlichen Niveau der Beschäftigungsbeihilfen.
Nicht nur Arbeitslose werden mit diesen Beihilfen unterstützt. Jede fünfte im Jahr 2002 geförderte Person war beschäftigt, 80 % waren arbeitslos. Die Verschiebung zugunsten von Beihilfen für Beschäftigte geht auf die Steigerung der Schulung von Beschäftigten im Rahmen des ESF und auf Kurzarbeitsbeihilfen zurück.
Wird außer Acht gelassen, dass Arbeitslose im Durchschnitt mehr als eine Vormerkepisode im Jahr aufweisen und teilweise auch mehr als eine Maßnahme bzw. Beihilfe in Anspruch nehmen, so errechnet sich bei rund 750.000 von Arbeitslosigkeit betroffenen Personen eine durchschnittliche „Förderquote" von rund 23 %. Das bedeutet, dass ca. jede vierte vorgemerkte Person mit Beihilfen oder Maßnahmen unterstützt wurde.

Ausgaben für die Arbeitsmarktförderung

Dem Arbeitsmarktservice standen 2002 für Maßnahmen im Rahmen des Förderungsbudgets gemäß Arbeitsmarktservicegesetz insgesamt **€ 619,38 Mio.** zur Verfügung. Der Ausschöpfungsgrad der Ausgabenermächtigungen beträgt 100 %. Von den Ausgaben entfallen

1 Personen, für die im Jahr 2002 eine oder mehrere Beihilfen genehmigt wurden

auf **AMS-Mittel € 541,31 Mio.** (87 %) und auf **ESF-Mittel € 78,07 Mio.** (13 %). In Form von Zuschüssen (Beihilfen) wurden **€ 608,6 Mio.** und in Form von Werkvertragsentgelten **€ 10,8 Mio.** ausbezahlt.
Eine detaillierte Aufgliederung der Ausgaben und Bewilligungen (Spalten 2 und 5 in nachstehender Tabelle) nach Förderinstrumenten zeigt die deutliche Schwerpunktsetzung im Bereich der Qualifizierung durch Schulungsträger, aber auch die Förderung von Beschäftigungsträgern und den Einsatz von Eingliederungsbeihilfen sowie spezifische Maßnahmen zugunsten Jugendlicher.

Förderung 2002

in Mio. €	1	2	3	4	5
Förderungsmaßnahmen gegliedert nach Förderungsinstrumenten	Belastungen aus Vorjahren	Ausgaben	nicht zahlungswirksame Verpflichtungen 2002	Vorbelastung für Folgejahre	Bewilligungen
regionale Mobilität/ Arbeitsaufnahme	2,1	9,7	0,0	1,8	9,3
Beihilfe zur Deckung des Lebensunterhaltes	29,0	107,6	0,0	34,2	112,9
Kurs-/Kursnebenkosten	3,3	34,9	0,1	3,5	35,2
ESF-MitarbeiterInnen-qualifizierung	11,1	24,1	4,0	15,0	32,0
Schulungsträger	61,0	151,5	11,8	57,9	160,1
Eingliederungsbeihilfe	57,3	84,8	3,5	35,9	66,9
Beschäftigungsträger	30,3	95,6	5,2	38,8	109,3
spezifische Maßnahmen für Jugendliche	16,1	45,9	2,5	32,4	64,7
spezifische Maßnahmen für Behinderte	8,8	29,2	1,6	7,6	29,5
spezifische Maßnahmen für AusländerInnen	0,4	1,0	0,2	0,3	1,0
investive Förderung Schulungseinrichtungen	5,5	5,0	2,5	1,7	3,6
Unterstützungsstrukturen Werkverträge	19,9	30,2	2,2	18,9	31,4
Gesamt	**244,9**	**619,4**	**33,6**	**248,0**	**656,0**
2001	**218,5**	**598,9**	**29,8**	**215,1**	**625,3**
Veränderung absolut	26,4	20,4	3,8	32,8	30,7
Veränderung in %	12,07	3,41	12,83	15,25	4,91

Der Maßnahmenmix im Rahmen der Arbeitsmarktförderung

Qualifizierung

Qualifizierungsmaßnahmen stellen im Bereich der Arbeitsmarktförderung nach wie vor die wichtigste Strategie zur Lösung von Arbeitsmarktproblemen dar. Im Jahr 2002 wurden für die Qualifizierung von Arbeitslosen und von Beschäftigten insgesamt € 390,99 Mio. (2001: € 352,71 Mio.) aufgewendet, das sind 63 % der Förderungsausgaben (2001: 59 %).

Kursmaßnahmen

Die Beauftragung von Kursen wurde entsprechend dem neuen Bundesvergabegesetz, das mit 1. 9. 2002 in Kraft gesetzt wurde, neu geregelt.
Im Jahr 2002 nahmen rund 111.600 Personen (davon 55.400 Frauen und 56.200 Männer) an vom AMS beauftragten Kursen teil.[2] Dafür wurden € 202 Mio. aufgewendet. Die durchschnittliche Dauer der Kursteilnahmen lag bei 70 Tagen (2001: 97 Tage).

Arbeitsstiftungen

Im Jahr 2002 nahmen 7.149 Personen (davon 2.529 Frauen und 4.620 Männer) im Rahmen von Arbeitsstiftungen an Kursen (i. d. R. Berufsorientierung, Qualifizierung, Outplacement) teil. Die Maßnahmenkosten für das AMS (ohne Stiftungsarbeitslosengeld für die TeilnehmerInnen) betrugen € 4 Mio. In dieser Summe sind Mittel, die von den Unternehmen im Rahmen von Sozialplänen bzw. der Beteiligung an Insolvenzstiftungen aufgebracht werden, nicht enthalten. Die durchschnittliche Teilnahme an Arbeitsstiftungen dauerte 347 Tage (2001: 360 Tage).

Über Implacementstiftungen können seit 1. 7. 2002 für ein oder mehrere Unternehmen einer Region, die ihren Personalbedarf nicht unmittelbar auf dem Arbeitsmarkt abdecken können, Arbeitskräfte „bedarfsgerecht" geschult und bereitgestellt werden.

Im Jahr 2002 sind 2.313 TeilnehmerInnen in Maßnahmen von Implacementstiftungen (davon 1.115 Frauen) eingetreten. Für die Förderung der Maßnahmenkosten im Rahmen von Implacementstiftungen wurden € 512.800 an AMS-Mitteln ausbezahlt. Die finanziellen Leistungen an die TeilnehmerInnen sind darin nicht enthalten. Für die TeilnehmerInnen aller Stiftungen wurden insgesamt € 46,6 Mio. Stiftungsarbeitslosengeld von Outplacement- und Implacementstiftungen bezahlt.

Personenbezogene Beihilfen zur Förderung der beruflichen Mobilität

Zur Verbesserung der individuellen Arbeitsmarktchancen bietet das AMS Kurse zur beruflichen Orientierung, Qualifizierung und aktiven Arbeitssuche sowie Trainingsmaßnahmen bzw. das Unternehmensgründungsprogramm. Neben der Möglichkeit der kostenlosen Teilnahme erhalten vorgemerkte Personen für die Zeit der Kursteilnahme damit verbundene Aufwendungen (z. B. Fahrtkosten) ersetzt bzw. eine Beihilfe zur Deckung des Lebensunterhaltes (DLU). Für den Besuch eines Kurses am freien Bildungsmarkt übernimmt das AMS auch die Kurskosten, wenn dies als arbeitsmarktpolitisch sinnvoll beurteilt wird.
Im Jahr 2002 wurde an rund 135.000 arbeitslose Personen (2001: 121.200) eine solche Beihilfe zur Förderung der beruflichen Mobilität (DLU, Kurs- oder Kursnebenkosten) gewährt, und zwar an rund 68.300 Frauen (50,5 %) und 66.700 Männer (49,5 %).

Qualifizierung für Beschäftigte

Um die Beschäftigung v. a. jener ArbeitnehmerInnen zu sichern, die in besonderem Ausmaß von Arbeitslosigkeit bedroht sind und die in der betrieblichen Weiterbildung eine untergeordnete Rolle spielen, beteiligt sich das AMS an den Kosten für Weiterbildungsmaßnahmen.
Im Jahr 2002 erhielten Betriebe für die Weiterbildung von 48.247 Beschäftigten bis zu

2 Wenn in der Folge von TeilnehmerInnen bzw. Teilnahmen an Maßnahmen gesprochen wird, sind Personen gemeint, die im Jahr 2002 mindestens einen Tag gefördert wurden.

zwei Drittel der Kosten aus AMS- und ESF-Mitteln ersetzt (im Vergleich dazu 2001 für 29.740 Beschäftigte). Da eine Person mehrmals pro Jahr an geförderten Kursen teilnehmen kann, lag die Zahl der genehmigten Förderfälle bei 65.443 (2001: 42.077).
Wegen des höheren Arbeitslosigkeitsrisikos und aufgrund der Erfahrungen der ersten Programmplanungsperiode wird in der laufenden Periode im Sinne der positiven Diskriminierung ein Schwerpunkt auf Frauen und Ältere gesetzt. Entsprechend dieser Schwerpunktsetzung konnte der Frauenanteil an den TeilnehmerInnen in geförderten Kursen auf 82,6 % angehoben und auf diesem Niveau gehalten werden (2001: 83,2 %).
Von den teilnehmenden Personen waren 11.889 älter als 45 Jahre. In dieser Altersgruppe beträgt der Frauenanteil 49,3 %.
Die zunehmende Bedeutung der Schulung Beschäftigter im Rahmen des ESF zeigt sich auch an der Höhe der aufgewendeten Mittel. Lagen die Ausgaben 2001 noch bei € 12 Mio., so verdoppelte sich der Betrag im Jahr 2002 auf € 24 Mio.

Beschäftigungsmaßnahmen

Darunter sind betriebliche Eingliederungsbeihilfen und Beschäftigungsprojekte zu verstehen, wofür im Jahr 2002 € 177,63 Mio. (2001: € 192,97 Mio.) ausgegeben wurden. Das entspricht 29 % des Förderungsbudgets (2001: 32 %). Von allen geförderten Personen haben rund 12 % (auch) eine Beschäftigungsbeihilfe erhalten (2001: 14 %).
Im Jahr 2002 wurde für 26.600 Personen (2001: rund 25.800) die Aufnahme einer geförderten Beschäftigung (Eingliederungsbeihilfen, Sozialökonomische Betriebe, Gemeinnützige Beschäftigungsprojekte, Entfernungsbeihilfe) genehmigt. Die Steigerung um ca. 3 % gegenüber dem Vorjahr erklärt sich aus der geförderten Beschäftigung in Gemeinnützigen Beschäftigungsprojekten und Sozialökonomischen Betrieben. Die durchschnittliche Dauer betrug bei Eingliederungsbeihilfen 164 Tage, bei Sozialökonomischen Betrieben 138 Tage und bei Gemeinnützigen Beschäftigungsprojekten 168 Tage.

Unterstützungsmaßnahmen

Für Personen mit besonderen Problemlagen wird ergänzend zur Betreuung durch das Arbeitsmarktservice in den Regionalen Geschäftsstellen eine arbeitsmarktbezogene Beratung im Vor- und Umfeld der Arbeitsvermittlung, z. B. bei Verschuldung, angeboten. Weiters werden darunter das Unternehmensgründungsprogramm, die Gründungsbeihilfe und Maßnahmen zur Förderung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf (Kinderbetreuungsbeihilfe etc.) subsumiert.

Darüber hinaus stellt die Qualifizierungsberatung für Betriebe im Rahmen des ESF eine wichtige Ergänzung des Dienstleistungsangebotes dar.

Im Jahr 2002 wurden für Unterstützungsmaßnahmen insgesamt € 50,76 Mio. (2001: € 53,27 Mio.) ausgegeben, das sind 8,2 % der Förderungsausgaben. Rund 41.100 geförderte Personen haben Unterstützungsbeihilfen in Anspruch genommen.

Zwei gegenläufige Entwicklungen waren im Jahr 2002 festzustellen: Einer besseren Erfassung der Inanspruchnahme von arbeitsmarktpolitischen Beratungseinrichtungen und einer Ausweitung des Unternehmensgründungsprogramms und der Gründungsbeihilfe stehen rückläufige Zahlen bei der Unterstützung der Kinderbetreuung (KBH, KBE) gegenüber.

Unternehmensgründungsprogramm

Mit dem Unternehmensgründungsprogramm (UGP) bietet das AMS arbeitslosen Personen, die sich beruflich selbständig machen wollen, Unterstützung bei der Unternehmensgründung. Diese umfasst eine begleitende Unternehmensberatung, die Teilnahme an Weiterbildungsangeboten sowie eine finanzielle Absicherung während der Teilnahme am Programm.

6.406 Personen nahmen 2002 am UGP teil (2001: 4.546). Trotz expliziter Anreize für Frauen im UGP beträgt der Frauenanteil nur 34,4 % (2001: 35,5 %). Die Ausgaben für UGP-Beratungsleistungen beliefen sich im Jahr 2002 auf € 2,91 Mio., davon 33,9 % für Frauen. Zusätzlich wurden € 8,07 Mio. Gründungsbeihilfe an TeilnehmerInnen ausbezahlt (davon € 2,29 Mio. an Frauen). Wie weiter oben ausgeführt, erfolgten aus diesem Programm 3.191 Betriebsneugründungen im Jahr 2002.

Förderausgaben 2002/2001 nach Maßnahmenarten in Mio. €

	2002	2001	Anteil von Gesamt 2002	Veränderung zum Vorjahr in %
Qualifizierung	390,99	352,71	63,13 %	10,85
Beschäftigung	177,63	192,97	28,68 %	-7,95
Unterstützung	50,76	53,27	8,20 %	-4,71
Gesamt	**619,38**	**598,95**	**100,00 %**	**3,41**
davon ESF-Mittel	78,07	77,76	12,60 %	0,39

Förderung der Chancengleichheit

Seit dem Jahr 2000 wird bei der Planung und Durchführung von arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen der Ansatz des Gender Mainstreaming sukzessive umgesetzt (Integration einer geschlechtssensiblen Perspektive – Berücksichtigung unterschiedlicher Situationen und Bedürfnisse von Frauen und Männern – Überprüfung auf geschlechtsspezifische Wirkungen). Die Strategie des Gender Mainstreaming wird im Rahmen der Jahresziele und des ESF-Programmes jeweils durch einen frauenspezifischen Schwerpunkt ergänzt.

Der Frauenanteil an den geförderten Personen lag im Jahr 2002 bei 56,4 %. Demgegenüber soll die Zielvorgabe des Bundesministeriums für Wirtschaft und Arbeit sicherstellen, dass mindestens 50 % des Förderbudgets Frauen zugute kommen. Unterstützt durch ein korrespondierendes Fachziel im Bereich Arbeitsmarktförderungen konnte der Frauenanteil im Durchschnitt der gesamten Förderausgaben, die geschlechtsspezifisch zuordenbar sind, bei 50,4 % gehalten werden (2001: 50,6 %[3]).

3 Die im Geschäftsbericht 2001 ausgewiesene Quote wurde zwecks Vergleichbarkeit angepasst.

Geschlechtsspezifische Verwendung der Förderausgaben 2002 in Mio. €

	Männer	Männer in %	Frauen	Frauen in %	Nicht zuordenbar	Gesamt
Qualifizierung	183,95	47,8	201,18	52,2	5,86	390,99
Beschäftigung	99,17	55,8	78,46	44,2	0,00	177,63
Unterstützung	16,86	39,8	25,53	60,2	8,38	50,76
Gesamt	**299,98**	**49,6**	**305,16**	**50,4**	**14,24**	**619,38**
für Arbeitslose	288,44	50,6	281,39	49,4	14,17	584,00
für Beschäftigte	11,54	32,7	23,78	67,3	0,06	35,37

Die Aufschlüsselung nach den verschiedenen Beihilfentypen macht die Ursachen für die Unterschiede sichtbar: Von den Ausgaben für Qualifizierungsbeihilfen mit dem größten Gewicht an den Gesamtausgaben (63 %) werden 52 % der Mittel Frauen zugeordnet. Während von den Beschäftigungsbeihilfen (29 % der Gesamtausgaben) 44 % und von Unterstützungsmaßnahmen (9 % der Gesamtausgaben) 60 % Frauen zugeordnet werden. Damit geben die Qualifizierung von Frauen und die dafür getätigten Ausgaben (DLU und Kursplätze) den Ausschlag für das Erreichen der 50-%-Vorgabe. Im Unterschied dazu kommt bei den Beschäftigungsbeihilfen die Diskriminierung von Frauen am Arbeitsmarkt zum Tragen: Die Beihilfen als Lohnkostenzuschuss spiegeln auch die Einkommensunterschiede zwischen Frauen und Männern wider.

Maßnahmenschwerpunkte für Ältere Arbeitsuchende

Die verstärkte Ausrichtung auf „Ältere" (45+) wurde auch im Jahr 2002 fortgeführt und beinhaltet zum einen präventive Maßnahmen zur Verhinderung des Zugangs in die Arbeitslosigkeit bzw. zur Aufrechterhaltung und Steigerung der Erwerbstätigkeit.
Zum anderen konzentrierte sich das AMS auf die unmittelbare Integration von älteren Arbeitslosen in Beschäftigung, um den Anstieg von Altersarbeitslosigkeit zu verhindern. Zur Erreichung des Zieles der Erhöhung der Arbeitsmarktchancen von Älteren wurde altersspezifischen Diskriminierungen bei der Entgegennahme und der Besetzung von offenen Stellen entgegengewirkt; außerdem wurden insbesondere Unterstützungsmaßnahmen (Orientierung – Beratung – aktive Arbeitssuche/Job Coaching) und die Gewährung von Eingliederungsbeihilfen forciert. Die Überwindung des weit verbreiteten „Tabus" der Weiterqualifizierung von Älteren stellt nach wie vor eine Herausforderung dar.

Verteilung der über 45-jährigen geförderten Personen im Jahr 2002

	2002			2001		
	Gesamt	davon Frauen	Frauen in %	Gesamt	davon Frauen	Frauen in %
Qualifizierung	35.800	15.304	42,7	31.152	13.698	44,0
Beschäftigung	10.958	4.564	41,6	11.427	4.568	40,0
Unterstützung	7.870	3.167	40,2	6.078	2.432	40,0
Gesamt	**47.758**	**20.151**	**42,2**	**42.621**	**18.134**	**42,5**
für Arbeitslose	36.851	14.697	39,9	35.711	14.691	41,1
für Beschäftigte	10.907	5.454	50,0	6.910	3.443	49,8

Mit 47.758 geförderten Personen liegt der Anteil älterer (45+) an allen 219.200 **geförderten Personen** bei 21,8 %, wobei sich deren Anteil bei den Maßnahmen für Arbeitslose (2002: 174.846) auf 21,1 % und bei den Maßnahmen für Beschäftigte (2002: 44.327) auf 24,6 % beläuft. Hervorzuheben ist, dass 41,2 % aller Beschäftigungsmaßnahmen Personen über 45 Jahre gewährt werden.

Anteil über 45-Jähriger an allen geförderten Personen

	Gesamt	Frauen	Männer
Qualifizierung	19,7 %	14,7 %	26,3 %
Beschäftigung	41,2 %	35,7 %	46,3 %
Unterstützung	19,2 %	13,6 %	26,4 %
Gesamt	**21,8 %**	**16,3 %**	**28,9 %**

Mit 89.700 Beschäftigungsaufnahmen und 11.860 genehmigten Beschäftigungsbeihilfen für über 45-jährige Arbeitslose kam rund jede siebente Arbeitsaufnahme von älteren Arbeitslosen nur mit dem Einsatz von Fördermitteln zustande.

Schwerpunkt Jugendliche

Insgesamt waren von allen im Jahr 2002 geförderten Personen 57.017 oder 26 % nicht älter als 25 Jahre (2001: 46.272). 31.382 (55 %) davon waren Frauen.

Verteilung der unter 25-jährigen geförderten Personen im Jahr 2002

	2002			2001		
	Gesamt	davon Frauen	Frauen in %	Gesamt	davon Frauen	Frauen in %
Qualifizierung	50.258	27.706	55,1	40.010	22.150	55,4
Beschäftigung	5.227	2.608	49,9	4.295	2.280	53,1
Unterstützung	7.553	4.383	58,0	6.134	3.940	64,2
Gesamt	**57.017**	**31.382**	**55,0**	**46.272**	**25.848**	**55,9**
für Arbeitslose	49.357	24.217	49,1	41.531	21.515	51,8
für Beschäftigte	7.660	7.165	93,5	4.741	4.333	91,4

Zur Unterstützung der Arbeitsmarktintegration von Jugendlichen werden für die Zielgruppe lehrstellensuchender Jugendlicher in Form eines Auffangnetzes Maßnahmen zur beruflichen Orientierung und Berufsvorbereitung sowie Ausbildungslehrgänge durchgeführt. Mit der Bereitstellung dieser Maßnahmen wurde für das Ausbildungsjahr 2001/02 (Schulentlassjahrgang 2001) das AMS beauftragt (Jugendausbildungssicherungsgesetz – JASG).

Mit der Teilnahme an den Lehrgängen wird der spätere Wechsel in ein reguläres Lehrverhältnis angestrebt. Für jene Fälle, wo dies nicht gelungen ist, sind Verlängerungen vorgesehen. Die Bundesländer beteiligen sich an der Finanzierung mit mindestens 25 % der gesamten Trägerkosten. Für das Ausbildungsjahr 2002/03 wurde die Zielgruppe auf behinderte Jugendliche und solche mit besonderen Vermittlungsbeeinträchtigungen ausgeweitet.

Im Rahmen der JASG-Maßnahmen für das Ausbildungjahr 2001/02 (geplante 2.000 Lehrgangsplätze) nahmen 1.019 männliche und 1.146 weibliche Jugendliche teil. An den Maßnahmen des Ausbildungsjahrs 2002/03 (geplante 3.000 Lehrgangsplätze) nahmen bis Ende 2002 2.309 männliche und 2.282 weibliche Jugendliche teil.

Mit dem **Sonderprogramm für Jugendliche** werden darüber hinaus auch andere Qualifizierungs- sowie Beschäftigungsmaßnahmen angeboten. Damit kommt eine breitere Palette arbeitsmarktpolitischer Instrumente zur Verringerung der Jugendarbeitslosigkeit zum Einsatz. Im Rahmen des Sonderprogramms nahmen 3.531 Personen unter 25 Jahren teil (davon 1.782 bzw. 50,5 % weibliche Jugendliche).

Maßnahmen für Behinderte

Von allen im Jahr 2002 als arbeitslos vorgemerkten Personen weisen 31.039 (2001: 29.767) eine Behinderung auf (behinderte Personen nach dem Behinderteneinstellgesetz, Landesbehindertengesetz und Opferfürsorgegesetz: 5.181; sonstige Behinderte, deren Grad der Behinderung nicht nach einem der genannten Gesetze festgestellt wurde: 25.857). Bezogen auf den Durchschnittsbestand aller Vorgemerkten waren das 13,4 %. Der Frauenanteil liegt mit 35,6 % jener mit eingetragener Behinderung deutlich niedriger als unter allen Vorgemerkten. Frauen mit Behinderung sind daher unter den KundInnen des AMS unterrepräsentiert.

Arbeitslose mit Behinderung finden schwerer eine Beschäftigung: Mehr als jede zweite Arbeitslosigkeitsepisode endet mit der Aufnahme einer Beschäftigung; im Falle einer Behinderung mündet nur jeder dritte Abgang aus Arbeitslosigkeit in eine Beschäftigung. Im Verhältnis zu 30.036 Arbeitsaufnahmen von Vorgemerkten mit Behinderung im Jahr 2002 wurden 5.815 genehmigte Beschäftigungsbeihilfen eingesetzt. Damit kam rund jede sechste Arbeitsaufnahme eines/r Behinderten nur mit dem Einsatz von Fördermitteln zustande.

Verteilung der geförderten Personen mit Behinderung im Jahr 2002

	Gesamt			davon Frauen		
	Gesamt	davon mit Behinderung	mit Behinderung in %	Gesamt	davon mit Behinderung	mit Behinderung in %
Qualifizierung	181.821	17.830	9,8	103.836	6.700	6,5
Beschäftigung	26.608	5.322	20,0	12.795	2.004	15,7
Unterstützung	41.092	6.113	14,9	23.286	2.440	10,5
Gesamt	**219.173**	**24.332**	**11,1**	**123.622**	**9.163**	**7,4**

Unter den geförderten Personen waren 24.332 Behinderte, das sind 11,1 %, die eine Beihilfe erhielten. Der Anteil von behinderten Frauen mit einer Förderung lag bei 7,4 %. Bei Beschäftigungsbeihilfen ist der Anteil mit 20 % aller Geförderten am höchsten, während von den TeilnehmerInnen an Qualifizierungsmaßnahmen nur jede zehnte Person eine Behinderung aufweist.
Das Fördervolumen für die Integration Behinderter in den Arbeitsmarkt betrug einschließlich der aktivierten passiven Mittel (jedoch ohne Altersteilzeitgeld) im Jahr 2002 € 116,3 Mio. Rund die Hälfte davon wurde für Qualifizierungsmaßnahmen (spezifische Einrichtungen) aufgewendet.

Der Europäische Sozialfonds (ESF)

Nachdem im Jahr 2000 alle notwendigen Grundlagen für die neue Periode 2000 bis 2006 geschaffen worden sind, wurde im Jahr 2002 eine plankonforme Umsetzung der vom AMS umgesetzten Schwerpunkte „Verhinderung und Bekämpfung von Langzeitarbeitslosigkeit", „Qualifizierung von Beschäftigten" und „spezifische Frauenmaßnahmen, insbesondere die Qualifizierung im IT-Bereich" realisiert.

ESF-Ausgaben für 2001 und 2002 (im Rahmen der Periode 2000 bis 2006; in Mio. €)

	2001	2002
SP1 Verhinderung der Arbeitslosigkeit	57,21	52,12
SP3 Verbesserung der beruflichen Bildung	0,04	0,19
SP4 Flexibilität am Arbeitsmarkt	6,95	13,78
SP5 Chancengleichheit von Frauen und Männern	11,71	10,40
SP6 Territoriale Beschäftigungspakte u. lokale Initiativen	0,10	0,07
SP7 Technische Hilfe	1,26	1,51
ESF Gesamt	**77,27**	**78,07**

Arbeitslosengeld und Notstandshilfe für aktive Maßnahmen

Im Jahr 2002 wurden für aktive Maßnahmen im Rahmen des Arbeitslosenversicherungsgesetzes für rund 94.100 Personen (2001: rund 85.000 Personen) insgesamt € 168,67 Mio. aufgewendet. Im Jahr 2001 waren dies € 172,40 Mio. Die beiden Werte sind jedoch aufgrund der Pauschalabgeltungsregelung für die Krankenversicherungsbeiträge nicht mehr direkt vergleichbar.

Die Tabelle gibt einen Überblick über jene Mittel aus der Arbeitslosenversicherung, die für aktive Maßnahmen – **zusätzlich** zu den nach dem Arbeitsmarktservicegesetz geförderten und oben dargestellten Maßnahmen – eingesetzt werden.

Mittel der Arbeitslosenversicherung für aktive Maßnahmen 2002

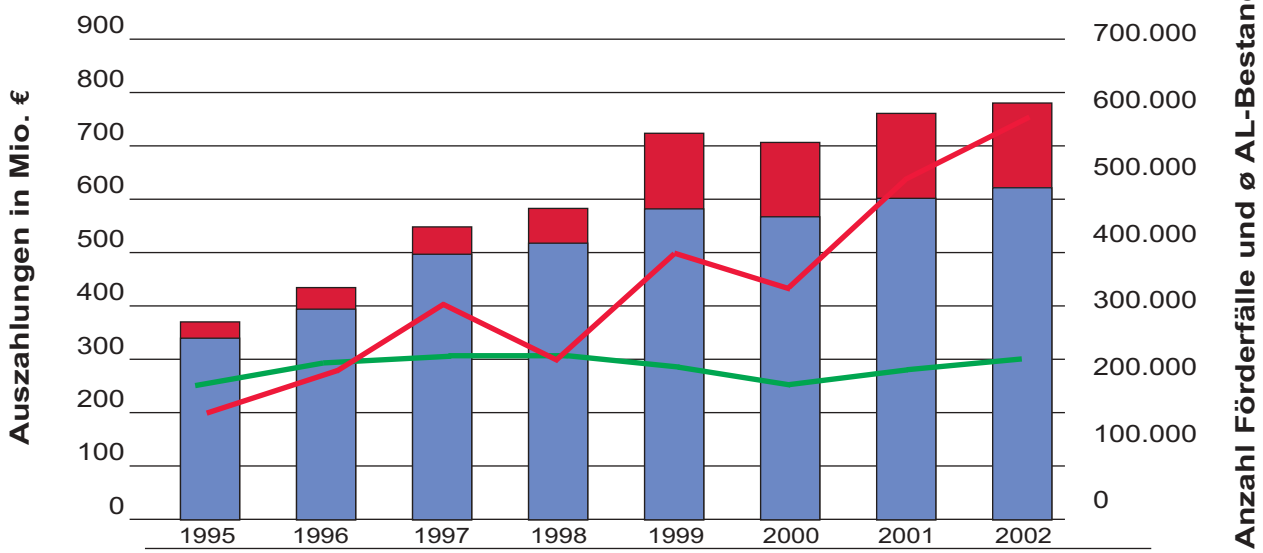
	Personen	davon Frauen		ausbez. Beträge
	gesamt	absolut	in %	in Mio. €
berufliche Mobilität (ALG/NH gem. § 12 Abs. 5 ALVG)	82.969	38.401	46,28	113,15
Arbeitsstiftungen (ALG gem. § 18 Abs. 5 ALVG)	7.284	2.561	35,16	40,61
berufliche Rehabilitation (ALG gem. § 18 Abs. 10 ALVG)	2.035	612	30,07	8,66
Ausbildungs-ALG nach KU (ALG gem. § 18 Abs. 8 ALVG)	150	146	97,33	0,25
Weiterbildungsgeld bei Bildungskarenz (gem. § 26 Abs. 1 Zi. 1 ALVG)	2.263	1.396	61,69	5,81
Weiterbildungsgeld gegen Entfall des Arbeitsentgelts (gem. § 26 Abs. 1 Zi. 2 ALVG)	72	52	72,22	0,20
Gesamt 2002	**94.087**	**42.869**	**45,56**	**168,67**
Gesamt 2001*	**84.981**	**43.095**	**50,71**	**172,40**
Veränderung absolut	9.106	-226	-5,15	20,95
Veränderung in %	10,72	-0,52	-10,15	12,15

* ohne Wiedereinstellungsbeihilfe und Solidaritätsprämie, da keine Personen im Jahr 2002

1995 bis 2002: Stetiger Zuwachs der Mittel für aktive Maßnahmen

Die für Förderungsmaßnahmen aufgewendeten Mittel (Auszahlungen pro Jahr) konnten seit 1995 (rund € 394 Mio.) kontinuierlich auf nunmehr rund € 788,05 Mio. erhöht werden. Unterstützt wurde diese erfreuliche Entwicklung durch die Nutzung von Mitteln des Europäischen Sozialfonds und von Leistungen im Rahmen des Arbeitslosenversicherungsgesetzes. Das Arbeitsmarktservice ist damit in Bezug auf Fördervolumen und Förderfalle zweifellos die bedeutendste Förderungsstelle Österreichs.

Entwicklung der Förderausgaben und Förderfälle[4]



	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002
Passiv	16,56	33,32	49,85	73,49	120,87	125,76	173,21	168,67
Aktiv	377,59	405,02	503,73	514,54	594,21	586,88	598,95	619,38
ø AL-Bestand	215.700	230.500	233.300	237.800	221.700	194.300	203.900	232.400
Fälle	196.971	217.761	320.670	227.400	377.434	338.719	495.304	578.280

4 Der Wert für die passiven Mittel des Jahres 2002 ist mit den Vorjahren nicht direkt vergleichbar, da der Aufwand für die Krankenversicherung nur mehr pauschal abgegolten wird.

Die Existenzsicherung

Im Jahresdurchschnitt bezogen 270.700 (2001: 233.900) Personen Leistungen aus der Arbeitslosenversicherung. Insgesamt wurden € 2,83 Mrd. (2001: € 2,92 Mrd.) ausbezahlt. Davon entfielen 61,4 % (2001: 49,0 %) auf das Arbeitslosengeld, 27,7 % (2001: 25,7 %) auf die Notstandshilfe, 0,8 % (2001: 1,3 %) auf die Sondernotstandshilfe, 0,2 % (2001: 0,7 %) auf das Weiterbildungsgeld, 8,1 % (2001: 2,4 %) auf das Altersteilzeitgeld sowie 1,8 % (2001: 20,9 %) auf sonstige Leistungen wie die Sonderunterstützung etc.

Für diese Leistungen wurden rund 914.100 (2001: 866.400) Anträge gestellt, wovon 34.000 (2001: 33.800) abgelehnt wurden. Die Zahl der erstinstanzlichen Bescheide erreichte 295.600 (2001: 286.800), wogegen 5.526 Berufungen eingebracht wurden. In Sanktionsfällen (inkl. Selbstkündigung) wurden insgesamt 65.400 (2001: 63.700) Bescheide erlassen.

Leistungen

	Durchschnittliche Tagsätze (in €)[5]		
	Gesamt	**Frauen**	**Männer**
Arbeitslosengeld	23,2	20,1	25,2
Notstandshilfe	18,2	15,6	20,0
Sondernotstandshilfe	14,3	14,3	18,0
Beihilfe zur Deckung des Lebensunterhalts	17,6	16,5	18,9

Leistungsaufwand inkl. Sozialversicherungsbeiträgen in Mio. €

	2002	**2001**
Arbeitslosengeld (inkl Überbrückungshilfe)*	1.738,92	1.431,46
Notstandshilfe*	785,75	750,69
Sondernotstandshilfe	21,86	38,52
Weiterbildungsgeld*	6,24	21,18
Altersteilzeit	230,27	69,41
Sonstige Leistungen**	50,95	609,83
Summe	**2.833,99**	**2.921,09**

* Ab März 2002 wurden die Krankenversicherungsbeiträge von Arbeitslosengeld, Notstandshilfe und Weiterbildungsgeld pauschaliert dem Arbeitslosengeld hinzugerechnet.
** Solidaritätsprämie sowie Sonderunterstützung und Karenzgeld inklusive des Leistungsaufwandes der SVA-Bergbau bzw. der Krankenkasse (jedoch ohne Verwaltungsaufwand). Ab 2002 fielen die Aufwände für das Karenzgeld weg.

5 gewichteter Jahresdurchschnitt der Tagsätze (netto) aller zu den zwölf Monatsstatistikstichtagen im Leistungsbezug stehenden Personen

Durchschnittlicher Bestand an BezieherInnen

	2002			2001		
	Gesamt	Frauen	Männer	Gesamt	Frauen	Männer
Arbeitslosengeld	132.676	52.637	80.039	117.852	46.893	70.959
Notstandshilfe	82.850	34.998	47.852	71.690	32.535	39.155
Sondernotstandshilfe	3.275	3.228	47	6.559	6.500	59
Weiterbildungsgeld:						
bei Bildungskarenz	948	611	337	3.011	2.691	320
bei Entfall der Bezüge	34	27	7	31	26	5
Altersteilzeitgeld	17.411	8.552	8.859	5.274	2.670	2.604
Sonstige	33.533	13.351	20.182	29.472	11.988	17.484
Summe	**270.727**	**113.404**	**157.323**	**233.889**	**103.303**	**130.586**

Bearbeitete Leistungsanträge (Zuerkennung und Ablehnung)

	2002			2001		
	Gesamt	Frauen	Männer	Gesamt	Frauen	Männer
Arbeitslosengeld	630.855	240.701	390.154	608.084	229.527	378.557
Notstandshilfe	204.567	91.312	113.255	180.894	87.793	93.101
Sondernotstandshilfe	2.813	2.785	55	15.119	14.978	141
Weiterbildungsgeld:						
bei Bildungskarenz	2.029	1.222	807	3.940	3.230	710
bei Entfall der Bezüge	56	40	16	42	31	11
Altersteilzeitgeld	17.398	8.385	9.013	9.357	4.622	4.735
Sonstige	56.339	21.930	34.409	48.984	19.790	29.194
Summe	**914.057**	**366.384**	**547.709**	**866.420**	**359.971**	**506.449**

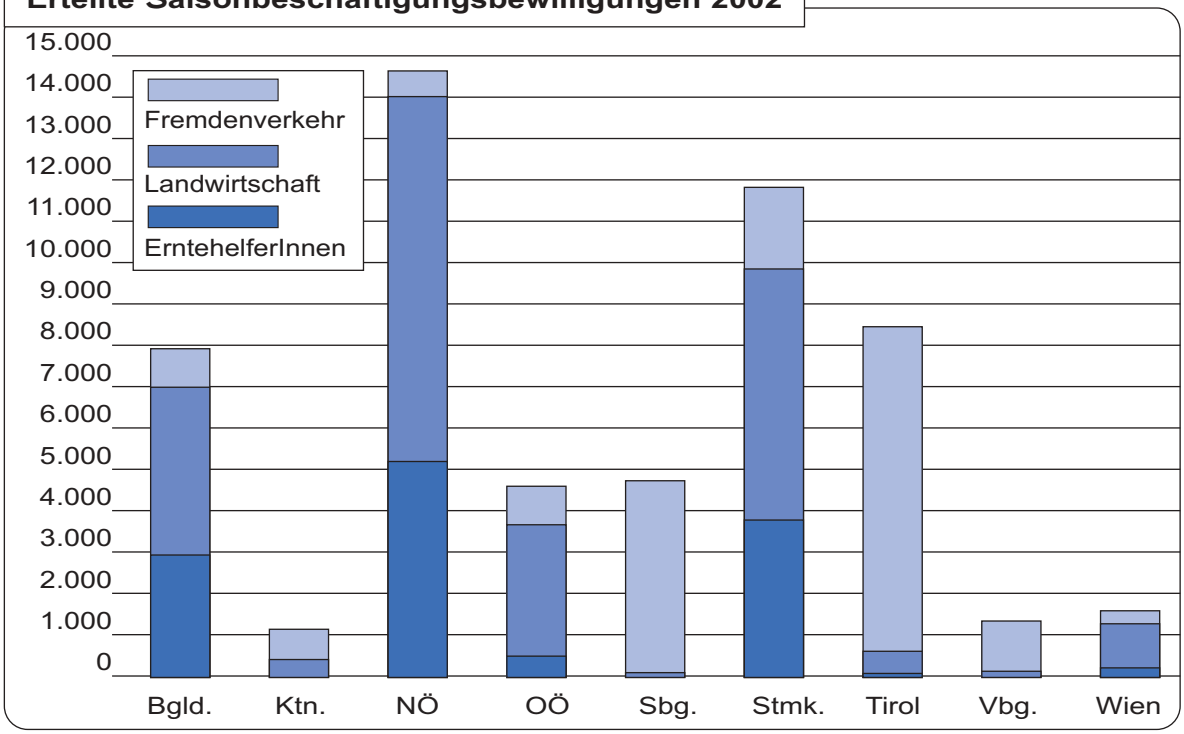
Sanktionen

	2002			2001		
	Gesamt	Frauen	Männer	Gesamt	Frauen	Männer
Arbeitsunwilligkeit	387	208	179	355	221	134
Ablehnung von Beschäftigungsangeboten	10.686	3.869	6.817	9.538	3.638	5.900
Arbeitslosigkeit aufgrund von vorzeitigem Austritt, Kündigung des Arbeitnehmers, fristloser Entlassung	31.173	13.790	17.383	33.476	14.717	18.759
Versäumen der Kontrollmeldung	23.195	6.192	17.003	20.308	5.539	14.769
Summe	**65.441**	**24.059**	**41.382**	**63.677**	**24.115**	**39.562**

Die Ausländerbeschäftigung

Die Geschäftsstellen des AMS haben im vergangenen Jahr 103.466 Anträge auf Erteilung einer Beschäftigungsbewilligung bearbeitet. Das sind rund 850 Anträge mehr als im Jahr 2001. Mehr als die Hälfte der positiv erledigten Anträge, nämlich 56.539, hatten eine Saisonbeschäftigung im Fremdenverkehr (18.988) oder in der Land- und Forstwirtschaft (37.551, darunter 13.199 Erntehelfer und -helferinnen) zum Gegenstand.

Erteilte Saisonbeschäftigungsbewilligungen 2002



Die meisten Saisonbewilligungen wurden in Niederösterreich ausgestellt (14.836), gefolgt von der Steiermark (11.273) und Tirol (8.523). 27.916 (rund 49 %) der ausländischen Saisonarbeitskräfte stammen aus Österreichs Nachbarstaaten. Ergänzt man die Saisonniers aus den übrigen EU-Beitrittswerberländern (ausgenommen Estland, Lettland und Litauen) so ergibt sich für 2002 eine Gesamtzahl von 41.043 oder rund 73 %. Es fällt auf, dass die Mehrzahl in der Land- und Forstwirtschaft bzw. für Erntearbeiten eingesetzt wurde, wogegen im Fremdenverkehr kroatische und bosnische Staatsangehörige dominieren.

In Fortsetzung der im Jahr 2000 gestarteten Integrationsoffensive wurden 5.635 Erstbewilligungen für mehrjährig aufhältige Ausländer und Ausländerinnen erteilt (im Jahr 2001: 6.482), die meisten davon in Oberösterreich (1.438) und in Wien (1.265). Nachdem die Zahl der Ablehnungen mit 1.795 gegenüber 2001 (1.802) nahezu unverändert blieb, ist ein leichter Antragsrückgang, vermutlich in Abhängigkeit von der Arbeitsmarktlage, zu verzeichnen.

Leicht rückläufig war auch die Nachfrage nach ausländischen InformationstechnikerInnen (655 Bewilligungen gegenüber 688 in Jahr 2001). Seit August 2000 wurden damit insgesamt 1.560 Ausländer und Ausländerinnen in diesem Beschäftigungsbereich zugelassen. Die meisten der im Vorjahr Zugelassenen kamen aus unseren Nachbarländern (Slowakei: 91, Ungarn: 55, Tschechien: 26, Slowenien: 13).

Kräftig gestiegen ist dagegen die Zahl der Au-pair-Anzeigebestätigungen (von 1.145 auf 2.370). Sie wurden hauptsächlich für slowakische (553) und für ukrainische (402) Au-pairs ausgestellt. Aus den zehn EU-Beitrittswerberländern kamen 1.217 junge Frauen und 35 junge Männer als Au-pairs nach Österreich.

Auch im vergangenen Jahr wurden die für ungarische GrenzgängerInnen (1.400) und PraktikantInnen (900) eingerichteten Kontingente restlos ausgeschöpft. Die meisten Praktikantenzulassungen gab es für die Lebensmittelverarbeitung (292) und für das Gastgewerbe (234). Die Praktikanten und Praktikantinnen (der Frauenanteil lag bei 10 %) arbeiteten hauptsächlich in der Steiermark (179 Zulassungen), in Oberösterreich (158) und in Niederösterreich (135).

Deutliche Rückgänge waren bei den Anträgen auf Arbeitserlaubnis (-2.073) und Befreiungsschein (-4.570) zu verzeichnen. Diese Entwicklung dürfte mit der verhältnismäßig hohen Zahl an Einbürgerungen in den letzten Jahren und der vergleichsweise geringen Neuzulassung von ausländischen Arbeitskräften in regulären, nichtsaisonalen Dienstverhältnissen (Saisonarbeitskräfte können keine Arbeitserlaubnis beanspruchen) zusammenhängen. Es ist anzunehmen, dass die Zahl der Arbeitserlaubnisse und der Befreiungsscheine durch die Einführung des so genannten „Niederlassungsnachweises" seit 1. 1. 2003, den die Aufenthaltsbehörden ausstellen werden, weiter sinken wird.

Im Jahresdurchschnitt 2002 waren 32.927 Ausländer und Ausländerinnen (ohne EWR) arbeitslos. Das sind um 17,6 % mehr als im Jahr davor. Die Zuwächse sind hauptsächlich in den Hilfsberufen (+1.008), in der Reinigung (+501) und im Bau (+334) zu verzeichnen. Rund 96 % der Arbeitslosen bezogen Leistungen aus der Arbeitslosenversicherung.

Die Bundeshöchstzahl war zu keinem Zeitpunkt des vergangenen Jahres überzogen.

Leistungsbilanz 2002

	2002	2001	Veränderung	
Arbeitgeber als AntragstellerInnen				
Sicherheitsbescheinigungen	7.872	8.943	-1.071	-12,0 %
Beschäftigungsbewilligungen (inkl. § 4c AusIBG)	103.466	102.618	+848	+0,8 %
Saison-Vignetten	23.414	19.729	+3.685	+18,7 %
Entsendebewilligungen	3.745	3.494	+251	+7,2 %
Volontariate	1.709	1.875	-166	-8,9 %
Ferial- und Berufspraktika	641	640	+1	+0,2 %
Au-pair-Kräfte	2.429	1.145	+1.284	+112,1 %
EU-Entsendebewilligungen	232	284	-52	-18,3 %
Feststellungsbescheide für Arbeitsgesellschafter	454	432	22	5,1 %
Andere Bescheide/Erledigungen (inkl. Asso-TR-Bescheiden)	40.434	77.053	-36.619	-47,5 %
AusländerInnen als AntragstellerInnen				
Arbeitserlaubnisse	11.832	13.905	-2.073	-14,9 %
Befreiungsscheine (inkl. § 4c AusIBG)	55.544	60.115	-4.571	-7,6 %
Bestätigungen für Angehörige von ÖsterreicherInnen	4.585	4.113	+472	+11,5 %
Bilaterale Abkommen mit Ungarn: GrenzgängerInnen, PraktikantInnen	4.029	3.455	+574	+16,6 %
Summe	**260.386**	**297.801**	**-37.415**	**-12,6 %**

Der Personalplan 2002 sah 4.174 Planstellen vor. Im Jahr 2002 waren durchschnittlich 4.173,8 Planstellen mit rund 4.561 (teilzeitbeschäftigten) MitarbeiterInnen (davon 29,4 % Beamte/Beamtinnen) bei der Bundesgeschäftsstelle sowie den Landes- und Regionalgeschäftsstellen besetzt. Zum Stichtag 31. 12. 2002 waren 62 % der Beschäftigten Frauen. Der Anteil der Frauen in Führungspositionen lag Ende 2002 bei 32 %.

Personaleinsatz 2002

Landesorganisationen	Planstellen IST 2002	Planstellen SOLL 2002	davon weibl. zum Stichtag 31. 12. 2002
AMS Burgenland	148,69	148,69	55 %
AMS Kärnten	343,34	343,16	54 %
AMS Niederösterreich	658,67	658,69	65 %
AMS Oberösterreich	615,06	613,85	63 %
AMS Salzburg	257,47	258,3	59 %
AMS Steiermark	600,31	600,43	61 %
AMS Tirol	333,49	333,62	56 %
AMS Vorarlberg	149,3	150,97	65 %
AMS Wien	924,1	924,29	67 %
Bundesgeschäftsstelle	143,37	142	53 %
Gesamt	**4.173,8**	**4.174**	**62 %**

Im AMS waren zum Stichtag 31. 12. 2002 von insgesamt 4.561 MitarbeiterInnen 992 teilzeitbeschäftigt, der Frauenanteil beträgt 95 %. Im Jahr 2002 wurden die Dienstverhältnisse von 143 MitarbeiterInnen beendet (Fluktuationsrate 3,14 %), wobei Pensionierungen und Kündigungen durch den/die DienstnehmerIn Hauptursachen waren.

Aus- und Weiterbildung

Grundausbildung

2002 haben insgesamt 337 (245 Frauen, 92 Männer) MitarbeiterInnen 15 Lehrgänge der AMS-Grundausbildung in der „Internen Personalausbildung" in Linz besucht. 141 neu in das AMS eingetretene MitarbeiterInnen (90 Frauen, 50 Männer) begannen in acht Lehrgängen mit ihrer Ausbildung. Zusätzlich konnten Ausbildungsplätze für 44 AufsteigerInnen (37 Frauen, sieben Männer) auf höherwertige Arbeitsplätze sowie für zehn sonstige MitarbeiterInnen (acht Frauen, zwei Männer) zur Verfügung gestellt werden. 121 weibliche und 36 männliche MitarbeiterInnen haben ihre Ausbildung nach erfolgreich abgelegter Prüfung im Fachgebiet mit dem AMS-Abschlusszertifikat beendet.

Die Auszubildenden des Jahres 2002 konsumierten (ohne die als Geschäftsstellenpraktika definierten Ausbildungsteile) insgesamt 15.451 Ausbildungstage in der zentralen Ausbildungseinrichtung des AMS in Linz. In 437 Seminaren und Workshops der Grundausbildungslehrgänge kamen 127 MitarbeiterInnen des AMS als interne ReferentInnen zum Einsatz und deckten insgesamt 7.648 Seminarstunden ab. Externe ReferentInnen wurden im Ausmaß von 2.011 Stunden engagiert.

2002 wurde die inhaltliche Anpassung der Grundausbildung an die Umstellung der Geschäftsstellenorganisation nach dem so genannten 3-Zonen-Modell im Service für Arbeitsuchende abgeschlossen sowie ein eigenes Ausbildungsmodul für die MitarbeiterInnen der „ServiceLine" entwickelt. Mit der Firma braintec, Schweiz, und der Österreichischen Gesellschaft für Hochschuldidaktik konnten kompetente Partner für die Überarbeitung des ersten Ausbildungsabschnitts, der für alle neuen MitarbeiterInnen verpflichtend ist, hinsichtlich der Überprüfung der Ausbildungsziele und eines neuen didaktischen Konzeptes unter weitestgehender Berücksichtigung der Möglichkeiten des so genannten E-Learning gewonnen werden.

Weiterbildung

Im Bereich der Weiterbildung orientierte sich das inhaltliche Angebot an dem festgestellten Bildungsbedarf und den strategischen Ausrichtungen der Organisation. Den zentralen Schwerpunkt bildeten dabei umfangreiche Schulungen der MitarbeiterInnen im Rahmen der Umstellung der Geschäftsstellen auf das 3-Zonen-Modell. Daneben waren Angebote im Zusammenhang mit der Professionalisierung der Betreuungsarbeit im Service für Unternehmen ein weiterer Schwerpunkt. Diese Schwerpunkte wurden durch gezielte und spezifische Angebote zur Verbesserung und Förderung der sozialen und kommunikativen Kompetenzen und der Arbeitstechniken ergänzt. Im Jahr 2002 wurden rund 27.000 Tage für Weiterbildung verwendet. Pro MitarbeiterIn (inkl. Führungskräften) wurden 6,5 Ausbildungstage (Männer: 6,4, Frauen: 6,5 Tage) absolviert. Damit wurde das Ziel, pro MitarbeiterIn mindestens fünf Tage pro Jahr für Weiterbildung aufzuwenden, erfüllt.

Eine besondere Zielgruppe bildeten auch 2002 die Führungskräfte. Der 2001 gestartete Lehrgang für neu bestellte Führungskräfte wurde abgeschlossen und ein zweiter Lehrgang wurde begonnen. Dieser Lehrgang, der von allen neuen Führungskräften verpflichtend zu absolvieren ist, unterstützt die Entwicklung einer neuen Führungskultur und dient der Sicherstellung des im AMS erwünschten Führungsverhaltens. Die Evaluierung des Lehrgangs hat ergeben, dass dieses Tool von den neuen Führungskräften als sehr hilfreich und unterstützend erlebt wurde. Durch eine gezielte Quotenregelung ist es gelungen, die Frauenförderung im Rahmen der Führungskräfteweiterbildung erfolgreich umzusetzen. Die weiblichen Führungskräfte absolvierten 2002 durchschnittlich 8,5 Bildungstage, die männlichen knapp acht.

2002 wurde zum zweiten Mal österreichweit eine Bildungsbedarfserhebung durchgeführt. Das Ergebnis lieferte wertvolle Hinweise bezüglich Anforderungen und Zufriedenheit der MitarbeiterInnen mit den bestehenden Angeboten und damit für die Weiterentwicklung und Anpassung der Aus- und Weiterbildung. Dass die Zufriedenheit bei Frauen und Führungskräften am deutlichsten aufscheint, reflektiert die inhaltlichen und mengenmäßigen Schwerpunkte der vergangenen Jahre.

Das EDV-Projekt AMS2000PLUS

Das Jahr 2002 war im IT-Bereich des AMS abseits von Hardwaretausch und Applikationsentwicklung von zwei Großprojekten geprägt – nämlich der **Euro-Umstellung** und **ProWien**.

Im Jahr 2002 erfolgten auch weitere Umstellungen im Zuge der Einführung des 3-Zonen-Konzepts. Unabhängig davon wurde die EDV-mäßige Realisierung der Organisationsänderung Stegersbach/Jennersdorf (aus RGS und Zweigstelle wurden zwei Regionale Geschäftsstellen) durchgeführt.

Euro-Umstellung

Die technischen Vorbereitungsarbeiten – inklusive der Abstimmung mit allen externen Partnern (Bundesrechenzentrum, Ministerien) und mehreren Probeläufen – wurden alle schon im Jahre 2001 durchgeführt. Für die Euro-Tests wurde eine eigene Testgeschäftsstelle mit einem HOST-Simulator eingerichtet, um den Jahreswechsel 2001/2002 zu simulieren (Zeitreisen) und dessen Auswirkungen aufzuzeigen. Die effektive Umstellung am 1. Jänner 2002 verlief planmäßig und erfolgreich für alle operativen Systeme des AMS.

ProWien

Auch die große Organisationsänderung in Wien wurde bereits 2001 geplant und vorbereitet. Im entsprechenden AMS2000PLUS-Teilprojekt ProWien erfolgte die EDV-mäßige Abwicklung dieser organisatorisch-fachlichen Umorganisation. Am 11. Februar 2002 ging die Landesorganisation Wien erfolgreich in Vollbetrieb.

Hardware

Abgesehen von ProWien erfolgte 2002 AMS-weit die Installation von insgesamt

- 91 Druckern (inkl. SAMSOMAT-Druckern),
- 120 Notebooks (inkl. „Psychologennotebooks" – damit können jetzt die PsychologInnen die Tests standortunabhängig durchführen),
- 156 Systemeinheiten (inkl. AMSOMATen für Service-Lines, Internet-Kunden-PCs, AIST-PCs [Allgemeiner Interessens-Struktur-Test], Psychologen-PCs, SAMSOMATen, Standard-AMSOMATen).

Weiters erfolgten im Inhouse-Netzwerkbereich die technologische Erneuerung, die Erhöhung der Netzwerkperformance und die Vereinheitlichung der Systeme im Rahmen zweier Projekte – Dienstleistungsauftrag LAN-Planung und Lieferauftrag aktive LAN-Komponenten. Dabei wurde in 14 AMS-Geschäftsstellen die neue Verkabelung durchgeführt, 47 Geschäftsstellen wurden mit neuen aktiven LAN-Komponenten ausgestattet.

Software

Auch im Jahre 2002 wurde weitestgehend das bewährte System beibehalten, neue Software (Applikationseigenentwicklungen) in jeweils einem so genannten Sommer- und einem Winter-Release ins Feld zu bringen.

Die wichtigsten Projekte 2002 im Überblick:

- **Fachapplikationen:** Es wurden die Applikationen des AMS zur Unterstützung der jeweiligen Fachbereiche (Beratung und Vermittlung, Förderung, Arbeitslosenversicherung etc.) überarbeitet und kontinuierlich verbessert.

- **ServiceLine:** Die Intranetanwendung „Erreichbarkeitsliste" wurde in den ServiceLines in den Echtbetrieb übernommen. Diese Liste ist allen MitarbeiterInnen des AMS zugänglich und wird als verbessertes, österreichweit einheitliches Telefonverzeichnis genutzt.

- **DWH (Data Warehouse):** Erstmals wurden die Fachziele im DWH dargestellt. Erweiterungen der DWH-Auswertungen gab es in allen Bereichen, wie beispielsweise in der Versicherungsleistung, den Förderungen, den Betrieben im Hinblick auf die Kundentypologie, dem ESF etc. Eine echte Innovation ist die Einführung von automatischen E-Mails auf Grund von DWH-Daten an AMS-MitarbeiterInnen (bei Datenfehlern zur Verbesserung der Datenqualität). DWH-Daten aus dem Bereich der Arbeitslosenversicherung und Förderung sind seit Herbst 2002 via Internet online verfügbar.

- **EURES:** Im Mai erfolgte die Integration der EURES-Applikation in den AMSOMATen. Der EURES-Businessplan (Aktivitäten der EURES-BeraterInnen) wurde im Intranet implementiert sowie das Projekt „Stellenaustausch mit der Schweiz" gestartet.

- **Rezentralisierung:** Die technische Rezentralisierung der Applikationen von lokalen Servern auf den Zentralserver im Rechenzentrum wurde im Jahr 2002 fortgesetzt.

- **SAP:** Die Implementierung des eKassabuches wurde im Juni 2002 begonnen. Damit in Zusammenhang wurden die Kassenräume der Wiener Geschäftsstellen mit PCs und Druckern ausgestattet.

- **SB (Selbstbedienung):** SB wird im AMS durch die Selbstbedienungsautomaten des AMS und das Internet (AMS-Homepage: http://www.ams.or.at) umgesetzt.
  • **SAMSOMAT:** Im Jahr 2002 bildete die Anpassung und Aktualisierung der Textteile einen inhaltlichen Schwerpunkt.
  • **E-Services:** Die wesentlichsten Neuerungen betreffen die Neugestaltung der Einstiegsseite, die erweiterte Nutzungsmöglichkeit für BewerberInnen und Unternehmen mit Wohnsitz außerhalb Österreichs, verbesserte News-Services für Kunden und Kundinnen, Speichermöglichkeit für Bilddateien, die Infoplattform für AMS-MitarbeiterInnen etc.

- **Schulungsbereich:** Mit Anfang November werden den MitarbeiterInnen des AMS E-Learning-Programme für den ALV- und ABV-Bereich angeboten. Seit November ist ein provisorisches Learning Center (Learning Portal) im AMS-Intranet installiert.

- **TVS (Terminvereinbarungssystem):** Der 2001 begonnene Roll-out wurde fortsetzt. Durch entsprechende Verbesserungen und Ergänzungen der Web-Applikation erfolgt die Benutzung friktionsfrei und zur Zufriedenheit der UserInnen.

Schulungen

Im Jahr 2002 wurden im Rahmen des AMS2000PLUS insgesamt 946 Schulungen im Umfang von 1.017 Schulungstagen durchgeführt. Die Gesamtanzahl der TeilnehmerInnen belief sich auf 6.566 Personen. Den bei weitem größten Teil davon nehmen Applikationsschulungen ein (nämlich 93 % der Kurse und TeilnehmerInnen).

Einkauf und Immobilien

Einkauf

Das Jahr 2002 baute auf die Strategie der Kostenoptimierung in den wichtigsten Sachaufwandspositionen auf. Aufgrund der sich permanent in Veränderung befindlichen Situation im Immobilienbereich bzw. in den verschiedenen Formen von Neuorganisation (z. B. ServiceLine-Lösungen) wurde der Schwerpunkt der Tätigkeit auf zwei Bereiche gelegt:

- laufende Überprüfung der festgelegten Qualitätskriterien (z. B. Reinigung, Fuhrpark, Telekommunikation),
- Halten der erzielten Kostenoptimierung trotz erhöhter qualitativer und quantitativer Anforderungen.

Ein weiterer Optimierungsschritt wurde durch die Grundsatzentscheidung, die Druckerei der LGS Wien zu schließen, gesetzt.

Die bereits erfolgte Umstellung der Bestellorganisationsformen im Bereich Büromaterial mittels E-Procurement wurde nach eingehender Prüfung für die anderen Sachaufwandsbereiche mangels zu geringer Bestellmengen in Relation zum Kostenaufwand nicht weiter verfolgt.

Immobilien

Das Bau- und Raummanagement des AMS orientiert sich an den im Längerfristigen Plan des Verwaltungsrates festgelegten strategischen Vorhaben und wird von einem Bauausschuss des Verwaltungsrates inhaltlich mitgestaltet und kontrolliert.

Ziel der Aktivitäten im Immobilienmanagement war im abgelaufenen Jahr die weitere Umsetzung des 3-Zonen-Konzeptes, wobei das Thema Raumoptimierung im Vordergrund stand. Raumoptimierung bedeutet, dass es flächenmäßig bei den umgesetzten Projekten generell zu Anpassungen an die Richtwerte der Baurichtlinie kommen musste. Ebenso wurden Akzente in der Qualitativausstattung (z. B. Transparenz, Mobilität) gesetzt.

Zum 31. 12. 2002 befanden sich 39 Liegenschaften bzw. Objekte mit einer NGF (Netto-Geschoß-Fläche) von 49.214,74 m^2 im Anlagevermögen des AMS. Das AMS war 2002 in 39 Bundesamtsgebäuden auf 34.614,78 m^2 eingemietet. Dafür wurde ein Nutzungsentgelt in Höhe von rund € 2,6 Mio. entrichtet. Weiters waren durch das AMS 69 Gebäude im Ausmaß von 88.622,36 m^2 angemietet; das Mietentgelt dafür betrug rund € 13,9 Mio.

Für die Regionale Geschäftsstelle Innsbruck, Schöpfstraße 5, konnten ein Teilungsplan erreicht und die erforderlichen Servitutsverträge abgeschlossen werden. Das Verfahren zur Grundteilung wurde eingeleitet. Damit wird das AMS 2003 grundbücherlicher Eigentümer der Liegenschaft. Die Refundierung der Baukostenzuschüsse für die Geschäftsstellen in Imst, Schwaz, Liezen, Mürzzuschlag, Bruck und Rohrbach konnte erfolgreich abgeschlossen werden. Vereinbarungsgemäß wurde dem AMS von der Bundesimmobiliengesellschaft ein Betrag von € 3,598.185,91 überwiesen.

Im Jahr 2002 wurden insgesamt 21 Bauvorhaben (Neu-, Zu-, Umbau bzw. Neuanmietungen oder Objektverkäufe) erfolgreich abgeschlossen. Weitere fünf Objekte befanden sich per 31. 12. 2002 noch in Bau.

Es handelt sich hierbei um folgende Projekte:
RGS Stegersbach
RGS Linz und IPA
RGS Berndorf
RGS Tulln
RGS Neusiedl am See

Die Umsetzung des 3-Zonen-Konzeptes liegt im Zeitplan und wird je nach der Budgetausstattung des AMS bis Ende 2003, voraussichtlich aber spätestens Mitte 2004 abgeschlossen sein.

Umgesetzte Bauprojekte von 1995 bis 2002

Jahr	Fertig gestellte Gebäude
1995	14.762 m²
1996	18.800 m²
1997	11.950 m²
1998	4.693 m²
1999	15.383 m²
2000	1.490 m²
2001	5.694 m²
2002	20.176 m²
Summe	**92.948 m²**

Übertragener Wirkungsbereich

Gemäß § 42 Abs. 1 AMSG bestreitet das AMS die finanziellen Leistungen nach dem Arbeitslosenversicherungsgesetz (ALVG), dem Sonderunterstützungsgesetz (SUG), dem Karenzurlaubsgesetz (KUG) und dem Karenzgeldgesetz (KGG) im Namen und auf Rechnung des Bundes.

Gebarung Arbeitsmarktpolitik 2002

Gemäß § 46 AMSG i. V. mit § 42 Abs. 1 AMSG wurden dem Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit die folgenden Daten für den Rechnungsabschluss der Gebarung Arbeitsmarktpolitik zur Verfügung gestellt (Genehmigung des BMWA zum Zeitpunkt der Drucklegung noch offen):

Ausgaben 2002 in Mio. €

	Bundesfinanz-gesetz 2002	Erfolg 2002	Differenz BFG/Erfolg
Ämter des AMS (Personalaufw. Beamte)	53,924	52,077	-1,847
AMP-Maßnahmen/Förderungen	513,217	538,071	24,854
betriebliche Förderungen des BMWA	39,970	18,168	-21,802
Sonderunterstützung	48,468	52,620	4,152
Wiedereinstellungsbeihilfe	1,453	-0,007	-1,460
Leistungen nach dem ALVG	2.263,817	2.778,926	515,109
Arbeitslosengeld inkl. PV, KV, KSG	1.364,487	1.733,887	
Notstandshilfe inkl. PV, KV	783,083	785,753	
Sondernotstandshilfe inkl. KV	33,904	21,860	
Karenzurlaub u. Teilzeitbeihilfe inkl. KV	0,005	-1,569	
Bildungskarenz und Solidaritätsprämie	7,848	6,239	
Altersteilzeitgeld	72,673	230,267	
UV-Beiträge (Stiftung, Schulung)	1,308	1,680	
ALG/EWR-Abkommen	0,509	0,809	
ALV-Auszahlungsgebühren	0,002	0,000	-0,002
Zahlung gem. § 6 (3) AMPFG	1.126,937	1.126,938	0,001
Überweisung a. d. AMS-Annuitäten	0,001	0,000	-0,001
Verwaltungskosten AMS	215,548	221,565	6,017
Einhebungsvergütung	25,726	25,523	-0,203
Beitrag des AMS zur SWE	3,634	4,238	0,604
Zwischensumme	**4.292,697**	**4.818,119**	**525,422**
Überweisung an AMS-Überschuss	0,001	0,000	-0,001
Summe	**4.292,698**	**4.818,119**	**525,421**

weiters:	
Förderungen und Aufwendungen ESF	105,969
Förderungen Jugendausbildung	13,360
Summe AMP (siehe oben)	538,070
Summe Arbeitsmarktförderung	657,399
hievon BMWA	38,020
AMS	**619,379**

Im Jahr 2002 stiegen die Ausgaben für Leistungen nach dem Arbeitslosenversicherungsgesetz um rund € 515,109 Mio. gegenüber dem Bundesvoranschlag. Die wesentlichen Gründe waren die Konjunkturabschwächung (der Bundesvoranschlag 2002 basierte auf einer prognostizierten Arbeitslosenquote von 6,1 % gegenüber der tatsächlichen Arbeitslosenquote von 6,9 %) sowie die verstärkte Inanspruchnahme des Altersteilzeitgeldes.

Zur Abgeltung der Ersatzzeitregelung in der Pensionsversicherung wurden im Jahr 2002 gem. § 6 (3) Arbeitsmarktpolitikfinanzierungsgesetz i. d. F. 2002 insgesamt € 1.126,938 Mio. an den Ausgleichsfonds der Pensionsversicherungsträger überwiesen.

Einnahmen 2002 in Mio. €

	Bundesfinanzgesetz 2002	Erfolg 2002	Differenz BFG/Erfolg
Arbeitsmarktservice	0,131	0,000	-0,131
AMP-Maßnahmen/Darlehensrückzahlung	0,362	0,858	0,496
Überweisung zur AMP (EU)	0,002	0,000	-0,002
Überweisung vom FLAF	3,634	1,106	-2,528
ALV-Beiträge	3.966,556	3.977,526	10,970
ALV-Beiträge inkl. BMLV und Sicherungsbeiträgen	3.959,797	3.967,529	
Rückersätze ALV-Abkommen (GrenzgängerInnen)	6,323	9,950	
Erstattungen EWR-Vertrag	0,436	0,047	
Beitrag der Gemeinden zur SNH	14,535	10,744	-3,791
sonstige Einnahmen	2,250	4,010	1,760
Bundesbeitrag zur AMP (bis 2000)	0,000	0,000	0,000
Bundesbeitrag (Abgang)	305,227	820,785	515,558
Zwischensumme	**4.292,697**	**4.815,029**	**522,332**
Überw. v. AMS-Rücklagenauflösung	0,001	3,090	3,089
Summe	**4.292,698**	**4.818,119**	**522,421**

ALG = Arbeitslosengeld
ALV = Arbeitslosenversicherung
ALVG = Arbeitslosenversicherungsgesetz
AMP = Arbeitsmarktpolitik
AMPFG = Arbeitsmarktpolitikfinanzierungsgesetz
FLAF = Familienlastenausgleichfonds
KSG = Krankenscheingebühren
KV = Krankenversicherung
PV = Pensionsversicherung
SNH = Sondernotstandshilfe
SWE = Schlechtwetterentschädigung
UV = Unfallversicherung

Eigener Wirkungsbereich

Gemäß § 41 Abs. 1 AMSG bestreitet das AMS die Personal- und Sachausgaben in eigenem Namen und auf eigene Rechnung.

Bilanz per 31. Dezember 2002

Gemäß § 45 Abs. 1 AMSG wurde der vorliegende Jahresabschluss vom Verwaltungsrat genehmigt und gemäß § 45 Abs. 2 AMSG dem Bundesminister für Wirtschaft und Arbeit zur Genehmigung im Einvernehmen mit dem Bundesminister für Finanzen übermittelt.

Bilanz per 31. Dezember 2002
mit Gegenüberstellung der Vorjahreszahlen in tausend Euro (TEUR):

Aktiva

	31. 12. 2002 EUR	31. 12. 2001 TEUR
A. Anlagevermögen	**100.909.470,09**	**103.540**
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	**20.052.581,41**	**19.776**
1. Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Vorteile sowie daraus abgeleitete Lizenzen	13.996.130,08	16.030
2. Geleistete Anzahlungen	6.056.451,33	3.746
II. Sachanlagen	**69.956.888,68**	**72.864**
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten, einschließlich der Bauten auf fremdem Grund	65.800.591,51	64.456
2. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	3.074.092,00	2.857
3. Geleistete Anzahlungen und Anlagen in Bau	1.082.205,17	5.551
III. Finanzanlagen	**10.900.000,00**	**10.900**
Wertpapiere des Anlagevermögens	10.900.000,00	10.900
B. Umlaufvermögen	**151.401.249,74**	**140.390**
I. Vorräte	**100.000,00**	**103**
Hilfs- und Betriebsstoffe	100.000,00	103
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	**39.094.691,91**	**28.021**
1. Forderungen an den Bund gemäß § 49 Abs. 1 AMSG	30.616.750,01	26.757
2. Sonstige Forderungen und Vermögensgegenstände	8.477.941,90	1.264
III. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	**112.206.557,83**	**112.266**
C. Rechnungsabgrenzungsposten	**3.136.336,34**	**1.925**
	255.447.056,17	**245.855**

Passiva

	31. 12. 2002 EUR	31. 12. 2001 TEUR
A. Eigenkapital	**192.619.276,00**	**197.289**
I. Kapitalrücklagen	**72.428.522,19**	**72.429**
II. Gewinnrücklagen	**120.190.753,81**	**124.860**
1. Arbeitsmarktrücklage gemäß § 50 AMSG	120.116.067,22	119.951
2. Andere Rücklagen (freie Rücklagen)	74.686,59	4.909
B. Zuschüsse zum Anlagevermögen (EURES)	**32.939,97**	**13**
C. Rückstellungen	**47.427.639,08**	**36.291**
1. Rückstellungen für Abfertigungen	23.119.118,78	20.174
2. Sonstige Rückstellungen	24.308.520,30	16.117
D. Verbindlichkeiten	**11.520.514,23**	**12.261**
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	1.189,34	18
2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	4.704.944,84	5.942
3. Sonstige Verbindlichkeiten	6.814.380,05	6.301
• davon aus Steuern: EUR 1.392.916,87 (Vorjahr: TEUR 1.248)		
• davon im Rahmen der sozialen Sicherheit: EUR 2.619.293,77 (Vorjahr: TEUR 2.426)	6.814.380,05	6.301
E. Rechnungsabgrenzungsposten	**3.846.686,89**	**1**
	255.447.056,17	**245.855**

Gewinn-und-Verlust-Rechnung für das Geschäftsjahr 2002*

	2002 EUR	2001 TEUR
1. Aufwandsersätze des Bundes	**232.250.820,88**	**217.953**
a) Ausgabenersatz gemäß § 41 Abs. 2 AMSG	228.391.168,46	215.548
b) Aufwandsersatz gemäß § 49 Abs. 1 AMSG	3.859.652,42	2.405
2. Sonstige betriebliche Erträge	**7.791.506,30**	**7.123**
a) Erträge aus dem Abgang vom und der Zuschreibung zum Anlagevermögen mit Ausnahme der Finanzanlagen	910.837,44	196
b) Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen	103.098,10	272
c) übrige	6.777.570,76	6.655
3. Personalaufwand	**-124.399.848,26**	**-117.092**
a) Gehälter	-94.731.987,82	-89.617
b) Aufwendungen für Abfertigungen	-3.273.835,95	-2.604
c) Aufwendungen für gesetzlich vorgeschriebene Sozialabgaben sowie vom Entgelt abhängige Abgaben und Pflichtbeiträge	-23.720.376,37	-22.365
d) Sonstige Sozialaufwendungen	-2.673.648,12	-2.506
4. Abschreibungen auf immaterielle Gegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen**	**-13.927.638,65**	**-12.746**
5. Sonstige betriebliche Aufwendungen	**-106.691.401,66**	**-96.496**
a) Steuern	-109.276,86	-39
b) übrige	-106.582.124,80	-96.457
6. Finanzierung von Leistungen zur Erfüllung der Aufgaben gemäß § 29 AMSG	**-3.090.000,00**	**0**
7. Betriebserfolg (Zwischensumme aus Z 1 bis 6)	**-8.066.561,39**	**-1.258**
8. Erträge aus Wertpapieren des Finanzanlagevermögens	**403.300,00**	**403**
9. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	**4.117.666,59**	**5.195**
10. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	**-205,41**	**0**
11. Finanzerfolg (Zwischensumme aus Z 8 bis 10)	**4.520.761,18**	**5.598**
12. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	**-3.545.800,21**	**4.340**
13. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	**-1.130.930,08**	**-1.352**
14. Jahresfehlbetrag/-überschuss	**-4.676.730,29**	**2.988**
15. Auflösung von Zuschüssen zum Anlagevermögen	**7.154,80**	**16**
16. Auflösung von Gewinnrücklagen	**7.924.144,37**	**494**
a) Arbeitsmarktrücklage gemäß § 50 AMSG	3.090.000,00	0
b) Andere Rücklagen (freie Rücklagen)	4.834.144,37	494
17. Zuweisung zu Gewinnrücklagen Arbeitsmarktrücklage gemäß § 50 AMSG	**-3.254.568,88**	**-3.498**
18. Bilanzgewinn	**0,00**	**0,00**

* mit Gegenüberstellung der Vorjahreszahlen in tausend Euro (TEUR)

** davon außerplanmäßige Abschreibungen auf das Anlagevermögen gemäß § 204 Abs. 2 HGB: EUR 770.000,00; Vorjahr: TEUR 0

Anhang zum Jahresabschluss zum 31. Dezember 2002 des Arbeitsmarktservice Österreich (veröffentlichte Fassung)

I. ALLGEMEINE ERLÄUTERUNGEN

Der Jahresabschluss des Arbeitsmarktservice Österreich zum 31. Dezember 2002 wurde – gemäß der Norm des § 45 Abs. 1 i. V. m. § 47 Abs. 1 AMSG (BGBl 1994/313 idgF) – nach den Bestimmungen des Handelsgesetzbuches erstellt.

II. BILANZIERUNGS- UND BEWERTUNGSMETHODEN

Immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen

Die planmäßige Abschreibung der immateriellen Vermögensgegenstände erfolgt linear über einen Zeitraum von fünf Jahren, die der Bauten, einschließlich der Bauten auf fremdem Grund, über einen Zeitraum von fünf bis 50 Jahren. Die Betriebs- und Geschäftsausstattung wird linear über einen Zeitraum von fünf Jahren abgeschrieben. Außerplanmäßige Abschreibungen wurden im Geschäftsjahr in Höhe von € 770.000,00 vorgenommen.

Finanzanlagen

Die Finanzanlagen sind zu Anschaffungskosten bewertet. Eine dauernde Wertminderung, die eine außerplanmäßige Abschreibung erforderlich machen würde, liegt nicht vor.

Vorräte

Die Vorräte wurden gemäß § 209 Abs. 1 HGB mit einem Festwert angesetzt, weil sie regelmäßig ersetzt werden und ihr Gesamtwert von untergeordneter Bedeutung ist.

Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände

Die Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände wurden zu Anschaffungskosten bewertet. Erkennbare Risken wurden durch individuelle Abwertungen berücksichtigt; dies war jedoch ausschließlich im Bereich des Postens „sonstige Forderungen" mit geringfügigen Beträgen erforderlich.

Rückstellungen und Verbindlichkeiten

Die Rückstellungen für Abfertigungsverpflichtungen und Jubiläumsgelder wurden nach versicherungsmathematischen Grundsätzen nach dem Teilwertverfahren unter Anwendung eines Diskontierungszinssatzes von 3,5 % ermittelt.

Die sonstigen Rückstellungen wurden unter Bedachtnahme auf den Vorsichtsgrundsatz in Höhe des voraussichtlichen Anfalles gebildet.

Die Verbindlichkeiten sind mit dem Rückzahlungsbetrag unter Bedachtnahme auf den Grundsatz der Vorsicht bewertet.

III. AUFGLIEDERUNGEN UND ERLÄUTERUNGEN ZU DEN POSTEN DER BILANZ UND GEWINN-UND-VERLUST-RECHNUNG

Angabe der Restlaufzeiten

Der Gesamtbetrag der Forderungen an den Bund gemäß § 49 Abs. 1 AMSG in Höhe von € 30.616.750,01 hat eine Restlaufzeit von mehr als einem Jahr. Alle anderen Forderungen weisen Restlaufzeiten von bis zu einem Jahr auf und sind somit kurzfristiger Natur.

Von den Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen hat ein Teilbetrag in Höhe von € 75.834,00 eine Restlaufzeit von mehr als einem Jahr. Alle anderen Verbindlichkeiten weisen Restlaufzeiten von bis zu einem Jahr auf.

Angaben gemäß § 225 Abs. 3 und § 225 Abs. 6 HGB

Unter dem Posten „sonstige Forderungen" enthaltene Erträge, die erst nach dem Abschlussstichtag zahlungswirksam werden, betreffen insbesondere eine Forderung an den Bund gemäß § 41 Abs. 2 AMSG mit einem Betrag von € 6.825.768,46.

Unter dem Posten „sonstige Verbindlichkeiten" sind als Aufwendungen, die erst nach dem Abschlussstichtag zahlungswirksam werden, insbesondere die Sozialversicherungsbeiträge und Lohnabgaben für den Monat Dezember 2002 mit einem Betrag von € 3.993.594,37 sowie die Verbindlichkeiten gegenüber MitarbeiterInnen mit einem Betrag von € 354.198,31 enthalten.

Angaben gemäß § 237 Z 8 HGB

Der Betrag der Verpflichtungen aus der Nutzung von in der Bilanz nicht ausgewiesenen Sachanlagen des folgenden Geschäftsjahres beläuft sich auf € 72.041.300,00, der entsprechende Gesamtbetrag der folgenden fünf Jahre auf € 360.206.500,00.

Erläuterung des Postens „Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten"

Hinsichtlich der unter diesem Posten erfassten Liegenschaft in 1010 Wien, Weihburggasse 30, wurde ein Antrag auf Naturalrestitution gemäß §§ 23 ff. des Entschädigungsfondsgesetzes (BGBl I Nr. 12/2001) gestellt, was jedoch im vorliegenden Jahresabschluss deshalb nicht zu berücksichtigen war, weil einerseits das AMS als Dienstleistungsunternehmen des öffentlichen Rechts i. S. v. § 1 Abs. 1 AMSG nicht im Eigentum des Bundes steht, sodass eine Naturalrestitution schon nach § 28 Abs. 1 Z 3 leg. cit. ausscheidet, und weil andererseits – wie auch die Bundesregierung in ihrem diesbezüglichen Vorbringen gemäß § 30 leg. cit. ausgeführt hat – hinsichtlich dieser Liegenschaft bereits eine einvernehmliche Entschädigungsregelung aus dem Jahre 1957, die keinesfalls eine extreme Ungerechtigkeit dargestellt hat, existiert, sodass eine Naturalrestitution auch nach § 28 Abs. 1 Z 2 leg. cit. nicht in Betracht kommt.

Entwicklung des Anlagevermögens vom 1. Jänner 2002 bis zum 31. Dezember 2002

	Anschaffungs-kosten am 1. 1. 2002 €	Zugänge €	Umbuchungen €	Abgänge €	Anschaffungs-kosten am 31. 12. 2002 €	kumulierte Abschreibung €	Buchwert am 31. 12. 2002 €	Buchwert am 31. 12. 2001 €	Abschreibung des GJ €
I. Immaterielle Vermögensgegenstände									
1. Rechte	32.495.862,78	3.181.998,82	1.044.045,95	91.306,64	36.630.600,91	22.634.470,83	13.996.130,08	16.030.236,84	6.258.121,53
2. Geleistete Anzahlungen und Anlagen in Bau	3.746.100,94	3.354.396,34	-1.044.045,95	0,00	6.056.451,33	0,00	6.056.451,33	3.746.100,94	0,00
	36.241.963,72	**6.536.395,16**	**0,00**	**91.306,64**	**42.687.052,24**	**22.634.470,83**	**20.052.581,41**	**19.776.337,78**	**6.258.121,53**
II. Sachanlagen									
1. Grundstücke und Bauten einschließlich der Bauten auf fremdem Grund	89.714.951,36	4.175.295,45	5.320.911,72	6.627.998,69	92.583.159,84	26.782.568,33	65.800.591,51*	64.456.198,51	4.547.320,09 **
2. Betriebs- und Geschäftsausstattung	31.595.484,29	3.390.712,18	0,00	11.324.358,92	23.661.837,55	20.587.745,55	3.074.092,00	2.856.629,00	3.122.197,03
3. Geleistete Anzahlungen und Anlagen in Bau	5.550.574,54	852.542,35	-5.320.911,72	0,00	1.082.205,17	0,00	1.082.205,17	5.550.574,54	0,00
	126.861.010,19	**8.418.549,98**	**0,00**	**17.952.357,61**	**117.327.202,56**	**47.370.313,88**	**69.956.888,68**	**72.863.402,05**	**7.669.517,12**
III. Finanzanlagen									
Wertpapiere des Anlagevermögens	10.900.000,00	0,00	0,00	0,00	10.900.000,00	0,00	10.900.000,00	10.900.000,00	0,00
	174.002.973,91	**14.954.945,14**	**0,00**	**18.043.664,25**	**170.914.254,80**	**70.004.784,71**	**100.909.470,09**	**103.539.739,83**	**13.927.638,65**

* darin beinhaltet 13.775.011,68 Euro Grundwert
** darin beinhaltet außerplanmäßige Abschreibung in Höhe von 770.000,00 Euro

Erläuterung des Postens „Forderungen an den Bund gemäß § 49 Abs. 1 AMSG“

Bei diesem Posten handelt es sich um den aufgrund eines Sonderbewertungsrechts als Forderung zu aktivierenden Betrag, der den passivseitig ausgewiesenen Abfertigungs- und Jubiläumsgeldrückstellungen entspricht und den der Bund dem Arbeitsmarktservice Österreich nach Maßgabe des Fälligwerdens der diesen Rückstellungen entsprechenden Ausgaben zu ersetzen verpflichtet ist.

Aufgliederung und Erläuterung des Postens „sonstige Forderungen und Vermögensgegenstände“

Vom Bund noch zu leistender Ausgabenersatz gemäß § 41 Abs. 2 AMSG	€	6.825.768,46
Forderung aus dem Nutzungsentgelt betreffend Softwarelizenzen gegenüber dem BMWA	€	718.911,95
Zinsenabgrenzungen Veranlagungen	€	341.805,21
Geleistete Anzahlungen	€	324.924,29
Förderungen gegenüber EURES	€	138.217,37
Andere	€	128.314,62
Summe	€	**8.477.941,90**

Der vom Bund noch zu leistende Ausgabenersatz gemäß § 41 Abs. 2 AMSG in Höhe von € 6.825.768,46 betrifft seitens des Bundesministeriums für wirtschaftliche Angelegenheiten für im Jahre 2002 aufwandswirksam gewordene Ausgaben gemäß § 1 Abs. 2 Z 1 AMPFG noch zu tätigende Überweisungen.

Erläuterung des Postens „Kapitalrücklagen“

Dieser Posten ergibt sich als Summe aus dem negativen Gründungskapital gemäß der Eröffnungsbilanz zum 1. Jänner 1995 in Höhe von € 25.679.803,95 und der als „Quasi-Gesellschaftereinlage“ zu qualifizierenden Verpflichtung des Bundes gemäß § 48 Abs. 6 AMSG, dem Arbeitsmarktservice Österreich das Kapital eines von diesem im Geschäftsjahr 1995 zum Ausgleich der Gebarung Arbeitsmarktpolitik 1994 gemäß § 48 Abs. 1 Z 1 AMSG aufgenommenen Kredits im Betrag von € 98.108.326,14 zu ersetzen.

Erläuterung des Postens „Gewinnrücklagen“

Gemäß § 47 Abs. 1 AMSG sind allfällige Gewinne aufgrund des Jahresabschlusses des Arbeitsmarktservice Österreich einer Rücklage zuzuführen. Ein derartiger Gewinn ist freilich im Geschäftsjahr 2002 nicht entstanden; vielmehr waren – wenn auch ohne entsprechende gesetzliche Verpflichtung – zur Vermeidung des Ausweises eines Bilanzverlusts die anderen (freien) Gewinnrücklagen mit einem Betrag von € 4.834.144,37 aufzulösen, sodass unter diesem Posten nur mehr ein Restbetrag von € 74.686,59 zum Ausweis gebracht wird.

Hinsichtlich der Arbeitsmarktrücklage bestimmt § 50 Abs. 1 AMSG, dass das durch Überweisungen des Bundes gemäß § 1 Abs. 2 Z 13 AMPFG idF leg. cit. entstehende Vermögen durch Bildung der Arbeitsmarktrücklage zu binden ist. Derartige Überweisungen erfolgten für das Geschäftsjahr jedoch nicht. Weiters sind nach § 52 AMSG dem AMS nach bestimmten gesetzlichen Bestimmungen zufließende Strafeinnahmen ebenfalls der Arbeitsmarktrücklage zuzuführen, sodass deren Dotierungsbetrag im Geschäftsjahr ausschließlich aus diesen Strafeinnahmen resultiert.

§ 51 AMSG bestimmt, dass die Auflösung der Arbeitsmarktrücklage im Auftrag des Bundesministers für Wirtschaft und Arbeit zur Finanzierung von Leistungen zur Erfüllung der Aufgaben gemäß § 29 AMSG zu erfolgen hat. Dies erfolgte aufgrund eines entsprechenden Auftrages mit Schreiben vom 19. September bzw. 4. Dezember 2002 im Geschäftsjahr 2002 mit einem Betrag von € 3.090.000,00.

Das Arbeitsmarktservice Österreich ist bei der Erstellung seines vorliegenden Jahresabschlusses zum 31. Dezember 2002 von der Prämisse ausgegangen, dass der Bundesminister für Wirtschaft und Arbeit die Auflösung der Arbeitsmarktrücklage in Zukunft nicht mit einem höheren Betrag als € 80.000.000,00 (gemäß dem Beschluss des Verwaltungsrates des Arbeitsmarktservice Österreich in seiner Sitzung vom 17. Dezember 2002) für den in § 42 AMSG umschriebenen Wirkungsbereich (Bedeckung der Ausgaben für finanzielle Leistungen im Namen und auf Rechnung des Bundes) beauftragen wird. Sollte sich diese Prämisse als unzutreffend erweisen, so könnten sich daraus insbesondere folgende weit reichende Konsequenzen für die Vermögens- und Finanzlage des Arbeitsmarktservice Österreich ergeben:

Einerseits ist zu beachten, dass der Bund die Investitionsausgaben des Arbeitsmarktservice Österreich seit mehreren Jahren in restriktiver Interpretation des § 41 Abs. 2 AMSG nur mehr höchstens teilweise – und im Geschäftsjahr 2002 überhaupt nicht – ersetzt. Steht angesichts dieses Umstandes nicht zumindest die Arbeitsmarktrücklage bzw. die ihr korrespondierende Liquidität zur Bedeckung der Investitionsausgaben des Arbeitsmarktservice Österreich zur Verfügung, so hat dies zur Konsequenz, dass eine entsprechende Auflösung der anderen (freien) Gewinnrücklagen erforderlich wird: Dies war im Geschäftsjahr mit einem Betrag von € 4.834.144,37 der Fall. Da die anderen (freien) Gewinnrücklagen zum 31. Dezember 2002 aber nur mehr € 74.686,59 betragen, ist offensichtlich, dass eine Fortführungsmöglichkeit dieser Gestaltungspraxis (abgesehen von diesem noch zur Verfügung stehenden geringfügigen Restbetrag) nicht mehr besteht.

Wird andererseits die Arbeitsmarktrücklage vom Bundesminister für Wirtschaft und Arbeit zur Finanzierung von Leistungen des „übertragenen Wirkungsbereichs" des Arbeitsmarktservice Österreich i. S. v. § 42 AMSG herangezogen, so birgt dies die Gefahr in sich, dass das buchmäßige Eigenkapital des Arbeitsmarktservice Österreich den Buchwert des abnutzbaren Anlagevermögens unterschreitet. In diesem Fall erscheint die künftige erfolgsmäßige Bedeckung der Abschreibungen auf das Anlagevermögen deshalb nicht mehr gewährleistet, weil diesen Abschreibungen beim Arbeitsmarktservice Österreich ja aufgrund seiner spezifischen Finanzierungssituation keine entsprechenden Erträge korrespondieren.

Aufgliederung des Postens „sonstige Rückstellungen"

Rückstellungen für ausstehende Eingangsrechnungen	€	8.777.652,94
Rückstellungen für Jubiläumsgeldzahlungen	€	7.497.631,23
Rückstellungen für noch nicht konsumierte Urlaube	€	6.466.313,00
Rückstellungen für Gleitzeitguthaben	€	1.044.789,00
Rückstellungen für Prozesskosten	€	249.550,53
Rückstellungen für Wiener Dienstgeberabgabe	€	195.983,60
Rückstellungen für Rechts- und Beratungskosten	€	76.600,00
Gesamt	€	**24.308.520,30**

Aufgliederung des Postens „sonstige Verbindlichkeiten"

Gebietskrankenkasse Dezember 2002	€	2.619.293,77
FLD-Verrechnung (Gebühren und Verwaltungsabgaben)	€	2.413.468,90
Lohnsteuer Dezember 2002	€	1.083.103,30
Verbindlichkeiten gegenüber Mitarbeitern	€	354.198,31
Dienstgeberbeitrag Dezember 2002	€	291.197,30
Andere	€	53.118,47
Gesamt	€	**6.814.380,05**

Erläuterung der Ausgaben- und Aufwandsersätze des Bundes

Nach § 41 Abs. 2 AMSG hat der Bund dem Arbeitsmarktservice Österreich die im Rahmen seines eigenen Wirkungsbereichs anfallenden Personal- und Sachausgaben zu ersetzen, wofür in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung für das Geschäftsjahr 2002 ein Ertragsposten in Höhe von € 228.391.168,46 in Ansatz gebracht wird.

Der Aufwandsersatz gemäß § 49 Abs. 1 AMSG in Höhe von € 3.859.652,42 betrifft die im Geschäftsjahr 2002 eingetretene Erhöhung der Verpflichtung des Bundes, dem Arbeitsmarktservice Österreich im Zeitpunkt des Fälligwerdens diejenigen Ausgaben für Abfertigungs- und Jubiläumsgeldzahlungen zu ersetzen, für die im Jahresabschluss zum 31. Dezember 2002 entsprechende Rückstellungen passiviert sind.

Erläuterung des Postens „übrige sonstige betriebliche Erträge“

In diesem Posten sind insbesondere mit einem Betrag von € 3.254.568,88 vom Arbeitsmarktservice Österreich gemäß § 52 AMSG vereinnahmte Geldstrafen nach dem Arbeitskräfteüberlassungsgesetz, dem Arbeitslosenversicherungsgesetz und dem Ausländerbeschäftigungsgesetz beinhaltet. Diese Erträge waren nach der zitierten Gesetzesbestimmung der Arbeitsmarktrücklage gemäß § 50 Abs. 1 AMSG zuzuführen. Weiters sind hier mit einem Betrag von € 1.804.350,23 dem Arbeitsmarktservice Österreich zugesprochene Kostenersätze gemäß § 302 EO für erstattete Drittschuldneräußerungen und mit einem Betrag von € 1.035.494,42 Kostenbeiträge der Europäischen Union für „EURES-Projekte“ erfasst.

Aufgliederung des Postens „übrige sonstige betriebliche Aufwendungen“

	2002 EUR	2001 TEUR
EDV-Aufwand	48.054.795,34	47.285
Mietaufwand und Betriebskosten	20.757.741,07	18.596
Nachrichtenaufwand	7.975.764,86	7.092
Forschungs- und Beratungsaufwand	6.509.664,97	6.301
Werbeaufwand	5.579.247,45	5.838
Post- und Geldverkehrsspesen betreffend Leistungen aus der Arbeitslosenversicherung	4.850.000,00	0
Reinigungsaufwand	2.158.060,04	1.934
Ausbildungsaufwendungen	2.014.376,96	2.114
Fahrt- und Reiseaufwand	1.797.541,32	1.834
Energie und Wasser	1.695.512,87	1.820
Büroaufwand	1.315.482,30	1.076
Instandhaltungsaufwand	1.253.389,97	933
Verluste aus dem Abgang vom Anlagevermögen	567.719,48	301
Fachliteratur, Broschüren, sonstige Druckwerke	529.888,48	497
Aufwendungen aus Vorperioden (betreffend Nachrichtenaufwand)	480.000,00	0
Transporte durch Dritte	294.423,15	94
anderer sonstiger betrieblicher Aufwand (Einzelposten von 200 T€ oder weniger)	748.516,54	742
Gesamt	**106.582.124,80**	**96.457**

Erläuterung des Postens „Finanzierung von Leistungen zur Erfüllung der Aufgaben gemäß § 29 AMSG"

Mit Schreiben vom 19. September bzw. 4. Dezember 2002 hat der Bundesminister für Wirtschaft und Arbeit das Arbeitsmarktservice Österreich gemäß § 51 AMSG beauftragt, die Arbeitsmarktrücklage mit einem Teilbetrag von € 3.090.000,00 aufzulösen und die dadurch frei werdenden Mittel für Maßnahmen im Rahmen der Qualifizierungs- und Integrationsoffensive für Jugendliche („Erfolgsmodell Österreich – Pakt für Jugend, Beschäftigung und Ausbildung") und sohin zur Finanzierung von Leistungen zur Erfüllung der Aufgaben gemäß § 29 AMSG zu verwenden, sodass dieser Posten unter Bedachtnahme auf § 223 Abs. 4 zweiter Satz HGB in die Gliederung der Gewinn-und-Verlust-Rechnung hinzugefügt wurde.

Erläuterung des Postens „Steuern vom Einkommen und vom Ertrag"

Unter diesem Posten ist ausschließlich die vom Arbeitsmarktservice Österreich entrichtete Kapitalertragsteuer erfasst.

IV. ANGABEN ÜBER ORGANE UND ARBEITNEHMERiNNEN

Nach In-Kraft-Treten des Kollektivvertrages gemäß § 44 Abs. 2 AMSG am 1. Juli 1995 waren im Geschäftsjahr 2002 **durchschnittlich** 2.872 ArbeitnehmerInnen (Vollbeschäftigungsäquivalent) als Kollektivvertragsbedienstete des AMS beschäftigt (2001: 2.809 ArbeitnehmerInnen/Vollbeschäftigungsäquivalent).

Als Mitglieder des Vorstands und des Verwaltungsrats waren im Geschäftsjahr 2002 tätig:

Vorstand:

- Dr. Herbert BUCHINGER (Vorsitzender)
- Mag. Herbert BÖHM

Verwaltungsrat:

- Professor Sektionschef Dr. Günther STEINBACH (Vorsitzender)
- Rudolf KASKE (ab 3. Dezember 2002 Stellvertreter des Vorsitzenden)
- Dr. Wolfgang TRITREMMEL (Stellvertreter des Vorsitzenden)
- Mag. Georg ZINIEL (Stellvertreter des Vorsitzenden, bis 30. September 2002)
- Mag. Bernhard ACHITZ
- Mag. Richard GAUSS
- Mag. Maria KAUN
- Professor Ing. Peter KOTAUCZEK
- Hofrat Mag. Peter LINDER (Arbeitnehmervertreter, bis 2. Dezember 2002)
- Mag. Alexander MÄDER
- Heinz RAMMEL (Arbeitnehmervertreter, ab 3. Dezember 2002)
- Josef WALLNER (ab 3. Dezember 2002)

Für jedes Mitglied des Verwaltungsrats ist ein Stellvertreter bestellt.

Die Dotation der Abfertigungsrückstellungen des Geschäftsjahres 2002 betrug € 2.945.187,62; Abfertigungszahlungen wurden in Höhe von € 328.648,33 geleistet; Aufwendungen für Pensionen sind nicht angefallen.

Die Mitglieder des Verwaltungsrats haben im Geschäftsjahr 2002 Kostenersätze im Gesamtbetrag von € 8.763,60 erhalten; die Angabe der Vorstandsbezüge unterbleibt gemäß § 241 Abs. 4 HGB.

Wien, am 10. März 2003

Dr. Herbert BUCHINGER e. h.
Vorstandsvorsitzender

Mag. Herbert BÖHM e. h.
Mitglied des Vorstands

Bestätigungsvermerk

Wir haben den vom Vorstand des Arbeitsmarktservice Österreich nach den in Österreich geltenden handelsrechtlichen Bestimmungen erstellten Jahresabschluss zum 31. Dezember 2002 geprüft und dabei die in Österreich berufsüblichen Grundsätze ordnungsgemäßer Durchführung von Abschlussprüfungen beachtet.
Nach Abschluss unserer Prüfung erteilen wir dem ungekürzten deutschsprachigen Jahresabschluss zum 31. Dezember 2002 des Arbeitsmarktservice Österreich den uneingeschränkten Bestätigungsvermerk gemäß § 274 Abs. 1 HGB:

„Buchführung und der Jahresabschluss entsprechen nach unserer pflichtgemäßen Prüfung den gesetzlichen Vorschriften. Der Jahresabschluss vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsgemäßer Buchführung ein möglichst getreues Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Arbeitsmarktservice Österreich."

Wien, am 14. März 2003

KPMG Alpen-Treuhand GmbH
Wirtschaftsprüfungs- und Steuerberatungsgesellschaft

KPMG Alpen-Treuhand GmbH

Mag. Wilhelm Kovsca DDr. Martin Wagner
Wirtschaftsprüfer und Steuerberater

Die Organisation (Stand: 3/2003)

Das AMS Österreich ist in eine Bundes-, neun Landes- und 98 Regionalorganisationen gegliedert: Bundesgeschäftsstelle, Landesgeschäftsstellen und Regionale Geschäftsstellen. Weiters gibt es noch neun Zweigstellen und 56 BerufsInfoZentren. Auf all diesen Ebenen werden die Sozialpartner mit einbezogen und wirken im Verwaltungsrat, in den Landesdirektorien und in den Regionalbeiräten maßgeblich an der Gestaltung der Arbeitsmarktpolitik (Arbeitsprogramme der Länder) und am Controlling der Organisation mit.

Bundesorganisation des AMS

Verwaltungsrat

Präsidium:

Vorsitzender: Dr. Günther Steinbach, Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit
Stellvertreter: Mag. Georg Ziniel, Bundesarbeitskammer; bis 9/2002
Rudolf Kaske, Gewerkschaft Hotel, Gastgewerbe, Persönlicher Dienst; ab 11/2002
Dr. Wolfgang Tritremmel, Vereinigung der Österreichischen Industrie

Mitglieder:

RegierungsvertreterInnen:

Dr. Günther Steinbach
Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit

Mag. Alexander Mäder
Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit

Mag. Richard Gauss
Bundesministerium für Finanzen

ArbeitnehmervertreterInnen:

Mag. Bernhard Achitz
Österreichischer Gewerkschaftsbund

Rudolf Kaske
Gewerkschaft Hotel, Gastgewerbe, Persönlicher Dienst

Mag. Georg Ziniel (bis 9/2002)
Bundesarbeitskammer
Josef Wallner (ab 11/2002)
Bundesarbeitskammer

ArbeitgebervertreterInnen:

Dr. Wolfgang Tritremmel
Vereinigung der Österreichischen Industrie

Prof. Ing. Peter Kotauczek
Fa. Beko Ing. P. Kotauczek Ges. m. b. H.

Mag. Maria Kaun
Wirtschaftskammer Österreich

Stellvertretende Mitglieder:

RegierungsvertreterInnen:

Dr. Walter Sitek
Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit

Mag. Doris Landauer
Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit

Dr. Karl Muhr
Bundesministerium für Finanzen

ArbeitnehmervertreterInnen:

Elisabeth Rolzhauser
Österreichischer Gewerkschaftsbund

Mag. Gabriele Schmid (bis 3/2002)
Bundesarbeitskammer
Mag. Ingrid Moritz (ab 4/2002)
Bundesarbeitskammer

Dr. Gernot Mitter (bis 10/2002)
Bundesarbeitskammer
Mag. Silvia Hofbauer (ab 11/2002)
Bundesarbeitskammer

ArbeitgebervertreterInnen:

Dr. Johannes Kopf
Vereinigung der Österreichischen Industrie

Dr. Josef Singer

Dr. Dietmar Strimitzer (bis 9/2002)
Wirtschaftskammer Österreich
Mag. Carmen Langer (ab 10/2002)
Wirtschaftskammer Österreich

VertreterInnen des Zentralbetriebsrates:

Mag. Peter Linder, LGS Steiermark
(bis 10/2002)
Heinz Rammel, Bundesgeschäftsstelle
(ab 11/2002)

Ingrid Weixlberger, RGS Steyr
Silvia Krill, LGS NÖ (ab 11/2002)

VertreterInnen des Zentralbetriebsrates:

Georg Pirker, RGS Klagenfurt

Susanna Kamellor, LGS Wien

Silvia Krill, LGS NÖ (bis 10/2002)
Bernd Oberschmied, LGS Innsbruck
(ab 11/2002)

Vorstand

Vorstandsvorsitzender: Dr. Herbert Buchinger
Mitglied des Vorstandes: Mag. Herbert Böhm

Ständige Ausschüsse des Verwaltungsrates

Ausländerausschuss

Mitglieder:

Dr. Ingrid Nowotny (Vorsitzende)
Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit

Mag. Maria Kaun
Wirtschaftskammer Österreich

Dr. Christoph Kainz
Wirtschaftskammer Österreich

Dr. Johannes Kopf
Vereinigung der Österreichischen Industrie

Dr. Peter Hübner
Obmännerkonferenz der Arbeitgeberverbände der Land- und Forstwirtschaft

Mag. Kai Axel Biehl
Bundesarbeitskammer

Josef Wallner
Bundesarbeitskammer

Mag. Franz Friehs
Österreichischer Gewerkschaftsbund

Mag. Herbert Aufner
Gewerkschaft Bau – Holz

Stellvertretende Mitglieder:

Dr. Hermann Deutsch (Stv. Vors.)
Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit

Mag. Christian Kolbl (ab 7/2002)
Wirtschaftskammer Österreich

Dr. Otmar Körner (ab 7/2002)
Wirtschaftskammer Österreich

Dr. Wolfgang Tritremmel
Vereinigung der Österreichischen Industrie

Dr. Friedrich Noszek
Präsidentenkonferenz der Landwirtschaftskammern Österreichs

Mag. Georg Ziniel (bis 9/2002)
Bundesarbeitskammer

Mag. Walter Gagawczuk
Bundesarbeitskammer

Mag. Bernhard Achitz
Österreichischer Gewerkschaftsbund

Gerhard Scheibz
Gewerkschaft Metall – Bergbau – Energie

Bauausschuss

Mitglieder:

Mag. Josef Horvath (Vorsitzender)
Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit

Mag. Gerlinde Loibner
Bundesministerium für Finanzen

Dr. Günther Rakuscha
Österreichischer Gewerkschaftsbund
(Stv. Vors., ab 11/2002)

Dr. Josef Singer
(Stv. Vors., ab 11/2002)

Heinz Rammel
Zentralbetriebsrat
Bundesgeschäftsstelle

Stellvertretende Mitglieder:

Mag. Wilhelm Koldus (Stv. Vors., bis 10/2002)
Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit
Dr. Gertrude Aumüllner (ab 11/2002)
Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit

Dr. Karl Muhr (bis 9/2002)
Bundesministerium für Finanzen
Dr. Peter Ladislav (ab 10/2002)
Bundesministerium für Finanzen

Mag. Maria Kaun
Wirtschaftskammer Österreich

Mag. Peter Linder (bis 10/2002)
Zentralbetriebsrat
LGS Steiermark
Silvia Krill (ab 11/2002)
Zentralbetriebsrätin
LGS NÖ

Experte: DI Gerhard Pipal
Bundesministerium für Finanzen

Förderungsausschuss

Mitglieder:

Dr. Walter Sitek (Vorsitzender)
Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit

Mag. Gabriela Offner
Bundesministerium für Finanzen

Mag. Maria Kaun
Wirtschaftskammer Österreich

Dr. Gernot Mitter
Bundesarbeitskammer

Stellvertretende Mitglieder:

Mag. Michael Förschner (Stv. Vors.)
Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit

Mag. Richard Gauss
Bundesministerium für Finanzen

Dr. Johannes Kopf
Vereinigung der Österreichischen Industrie

Mag. Gerlinde Loibner
Bundesministerium für Finanzen

Elisabeth Rolzhauser (bis 3/2002)
Österreichischer Gewerkschaftsbund
Mag. Ingrid Moritz (ab 4/2002)
Bundesarbeitskammer

Forschungsausschuss

Mitglieder:

Dr. Christian Operschall (Vorsitzender)
Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit

Dr. Georg Piskaty (bis 3/2002)
Wirtschaftskammer Österreich
Dr. Alfred Freundlinger (ab 4/2002)
Wirtschaftskammer Österreich

Mag. Gabriele Schmid
Bundesarbeitskammer

Stellvertretende Mitglieder:

Mag. Robert Kronaus (Stv. Vors., bis 11/2002)
Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit
Mag. Manfred Zauner (Stv. Vors., ab 12/2002)
Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit

Dr. Franz Forsthuber
Wirtschaftskammer Österreich

Alexander Prischl
Österreichischer Gewerkschaftsbund

Kontrollausschuss
(halbjährlich rotierender Vorsitz)

Mitglieder:

Dr. Karl Muhr (Vors. im 1. Hj.)
Bundesministerium für Finanzen (bis 9/2002)
Mag. Gabriela Offner (ab 10/2002)
Bundesministerium für Finanzen

Dr. Josef Singer

Rudolf Kaske (Vors. im 2. Hj.)
Gewerkschaft Hotel, Gastgewerbe,
Persönlicher Dienst

Ersatzmitglieder:

Mag. Gabriela Offner (bis 9/2002)
Bundesministerium für Finanzen
Dr. Richard Warnung (ab 10/2002)
Bundesministerium für Finanzen

Prof. Ing. Kotauczek
Firma Beko-Ing. Kotauczek GmbH

Mag. Franz Friehs
Österreichischer Gewerkschaftsbund

Strategieausschuss

Mitglieder:

Mag. Josef Horvath (Vorsitzender)
Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit

Mag. Richard Gauss
Bundesministerium für Finanzen

Dr. Johannes Kopf
Vereinigung der Österreichischen Industrie

Mag. Maria Kaun
Wirtschaftskammer Österreich

Dr. Gernot Mitter
Bundesarbeitskammer

Mag. Bernhard Achitz (bis 3/2002)
Österreichischer Gewerkschaftsbund

Elisabeth Rolzhauser (ab 4/2002)
Österreichischer Gewerkschaftsbund

Heinz Rammel
Zentralbetriebsrat
Bundesgeschäftsstelle

Stv. Mitglieder:

Mag. Doris Landauer (Stv. Vorsitzende)
Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit

Mag. Thomas Blattner
Bundesministerium für Finanzen

Expertin: Ingrid Weixlberger
Zentralbetriebsrätin
RGS Steyr

Landesorganisationen des AMS

BURGENLAND
Landesdirektorium:

Mitglieder:

Dr. Friedrich Gollubits (bis 4/2002)
Landesgeschäftsführer des AMS Burgenland
Mag. Helene Sengstbratl (ab 12/2002)
Landesgeschäftsführerin des AMS Burgenland

Mag. Franz Szöke
Stv. des/der Landesgeschäftsführers/in

Mag. Helene Sengstbratl (bis 11/2002)
Vereinigung der Österreichischen Industrie
Landesgruppe Niederösterreich und Burgenland

Dr. Hildegard Renner (bis 5/2002)
Wirtschaftskammer Burgenland
Mag. Anton Bubits (ab 6/2002)
Wirtschaftskammer Burgenland

Mag. Gerhard Rathpoller
Kammer für Arbeiter und Angestellte Burgenland

Gerhard Michalitsch
Österreichischer Gewerkschaftsbund

Stellvertretende Mitglieder:

Dr. Friedrich Wedorn
Vereinigung der Österreichischen Industrie
Landesgruppe Niederösterreich und Burgenland

DI Johann Huditsch (bis 5/2002)
Wirtschaftskammer Burgenland
Mag. Josef Stiglitz (ab 6/2002)
Wirtschaftskammer Burgenland

Mag. Thomas Lehner
Kammer für Arbeiter und Angestellte Burgenland

Dietrich Csögl
Österreichischer Gewerkschaftsbund

Kooptierte BR-Mitglieder:

Manfred Breithofer
LGS Eisenstadt

Kooptierte stv. BR-Mitglieder:

Peter Gschirtz
RGS Oberpullendorf

LandesgeschäftsführerIn:

Dr. Friedrich Gollubits (bis 4/2002)
Mag. Helene Sengstbratl (ab 12/2002)

Stellvertreter des/der Landesgeschäftsführers/in:

Mag. Franz Szöke

KÄRNTEN
Landesdirektorium:

Mitglieder:

Mag. Josef Sibitz
Landesgeschäftsführer des AMS Kärnten

Franz Zewell
Stv. des Landesgeschäftsführers

Mag. Paul Wieser
Vereinigung der Österreichischen Industrie
Landesgruppe Kärnten

Mag. Norbert Pucher
Wirtschaftskammer Kärnten

Dr. Winfried Haider
Kammer für Arbeiter und Angestellte Kärnten

Renate Umann
Österreichischer Gewerkschaftsbund

Stellvertretende Mitglieder:

Dr. Claudia Mischensky
Vereinigung der Österreichischen Industrie
Landesgruppe Kärnten

Mag. Andreas Görgei
Wirtschaftskammer Kärnten

Mag. Josef Bramer
Kammer für Arbeiter und Angestellte Kärnten

Georg Steiner
Österreichischer Gewerkschaftsbund

Kooptierte BR-Mitglieder:

Klaus Orel
RGS Spittal/Drau

Kooptierte stv. BR-Mitglieder:

Georg Pirker
RGS Klagenfurt

Landesgeschäftsführer:

Mag. Josef Sibitz

Stellvertreter des Landesgeschäftsführers:

Franz Zewell

NIEDERÖSTERREICH
Landesdirektorium:

Mitglieder:

Dr. Werner Homrighausen
Landesgeschäftsführer des AMS Niederösterreich

Mag. Karl Fakler
Stv. des Landesgeschäftsführers

Mag. Helene Sengstbratl (bis 11/2002)
Vereinigung der Österreichischen Industrie
Landesgruppe Niederösterreich und Burgenland

Mag. Martin Egger
Wirtschaftskammer Niederösterreich

Mag. Robert Lehner
Kammer für Arbeiter und Angestellte
Niederösterreich

Manfred Kubica
Österreichischer Gewerkschaftsbund

Kooptierte BR-Mitglieder:

Silvia Krill
LGS NÖ

Landesgeschäftsführer:

Dr. Werner Homrighausen

Stellvertretende Mitglieder:

Dr. Friedrich Wedorn
Vereinigung der Österreichischen Industrie
Landesgruppe Niederösterreich und Burgenland

Mag. Christa Kocher
Wirtschaftskammer Niederösterreich

Mag. Christian Wojta (bis 2/2002)
Kammer für Arbeiter und Angestellte
Niederösterreich
Dr. Ernst Eder (ab 3/2002)
Kammer für Arbeiter und Angestellte
Niederösterreich

Emil Schabl
Gewerkschaft Metall – Textil

Kooptierte stv. BR-Mitglieder:

Rüdiger Denk
LGS NÖ

Stellvertreter des Landesgeschäftsführers:

Mag. Karl Fakler

OBERÖSTERREICH
Landesdirektorium:

Mitglieder:

Dr. Roman Obrovski
Landesgeschäftsführer des AMS Oberösterreich

Dr. Rudolf Neidl
Stv. des Landesgeschäftsführers

Dr. Hans Matthias Aigner
Vereinigung der Österreichischen Industrie
Landesgruppe Oberösterreich

Ing. Gerhard Buchroithner
Wirtschaftskammer Oberösterreich

Mag. Gertraud Jahn
Kammer für Arbeiter und Angestellte
Oberösterreich

Dr. Erich Gumplmaier
Österreichischer Gewerkschaftsbund

Kooptierte BR-Mitglieder:

Manfred Baumkirchner
RGS Traun

Landesgeschäftsführer:

Dr. Roman Obrovski

Stellvertretende Mitglieder:

Dr. Kurt Pieslinger (bis 5/2002)
Vereinigung der Österreichischen Industrie
Landesgruppe Oberösterreich
Mag. Doris Lauber (ab 6/2002)
Vereinigung der Österreichischen Industrie
Landesgruppe Oberösterreich

Dr. Erhard Prugger
Wirtschaftskammer Oberösterreich

Mag. Rudolf Moser
Kammer für Arbeiter und Angestellte
Oberösterreich

Rainer Remsing
Österreichischer Gewerkschaftsbund

Kooptierte stv. BR-Mitglieder:

Ingrid Weixlberger
RGS Steyr

Stellvertreter des Landesgeschäftsführers:

Dr. Rudolf Neidl

SALZBURG
Landesdirektorium:

Mitglieder:

Dr. Erwin Buchinger
Landesgeschäftsführer des AMS Salzburg

Siegfried Steinlechner
Stv. des Landesgeschäftsführers

Dr. Gerhard Heinrich
Vereinigung der Österreichischen Industrie
Landesgruppe Salzburg

Dr. Josef Oberrauch (bis 10/2002)
Wirtschaftskammer Salzburg
Dr. Richard Schmidjell (ab 11/2002)
Wirtschaftskammer Salzburg

Siegfried Pichler
Kammer für Arbeiter und Angestellte Salzburg

Rupert Schindlauer
Österreichischer Gewerkschaftsbund

Stellvertretende Mitglieder:

Peter Lindhuber
Vereinigung der Österreichischen Industrie
Landesgruppe Salzburg

Dr. Klaus Rainer
Wirtschaftskammer Salzburg

Mag. Wilfried Bischofer
Kammer für Arbeiter und Angestellte Salzburg

Gerhard Dobernig
Österreichischer Gewerkschaftsbund

Kooptierte BR-Mitglieder:

Kurt Hanke
RGS Zell/See

Kooptierte stv. BR-Mitglieder:

Hans Wohl
RGS Salzburg

Landesgeschäftsführer:

Dr. Erwin Buchinger

Stellvertreter des Landesgeschäftsführers:

Siegfried Steinlechner

STEIERMARK
Landesdirektorium:

Mitglieder:

Dr. Helfried Faschingbauer
Landesgeschäftsführer des AMS Steiermark

Mag. Karl Heinz Snobe
Stv. des Landesgeschäftsführers

Dr. Arnold Url
Vereinigung der Österreichischen Industrie
Landesgruppe Steiermark

Dr. Heinz Rothe
Wirtschaftskammer Steiermark

Dr. Peter Astner
Kammer für Arbeiter und Angestellte Steiermark

Werner Albler
Österreichischer Gewerkschaftsbund

Kooptierte BR-Mitglieder:

Mag. Peter Linder
LGS Steiermark

Anton Wallner
RGS Bruck/Mur

Landesgeschäftsführer:

Dr. Helfried Faschingbauer

Stellvertretende Mitglieder:

Dr. Thomas Krautzer
Vereinigung der Österreichischen Industrie
Landesgruppe Steiermark

Dr. Silvia Lind-Leitner
Wirtschaftskammer Steiermark

Dr. Armin Gibiser
Kammer für Arbeiter und Angestellte Steiermark

Helmut Jaksch (bis 2/2002)
Gewerkschaft Metall – Bergbau – Energie
Mag. Gerald Klug (ab 3/2002)
Österreichischer Gewerkschaftsbund

Kooptierte stv. BR-Mitglieder:

Hermengilde Pirker
RGS Liezen

Franz Hartinger
RGS Fürstenfeld

Stellvertreter des Landesgeschäftsführers:

Mag. Karl Heinz Snobe

TIROL
Landesdirektorium:

Mitglieder:

Heinrich Rohrmoser
Landesgeschäftsführer des AMS Tirol

Anton Kern
Stv. des Landesgeschäftsführers

Dr. Norbert Ulf
Vereinigung der Österreichischen Industrie
Landesgruppe Tirol

Dr. Peter Reiter
Wirtschaftskammer Tirol

Stellvertretende Mitglieder:

Dr. Wolfgang Paulmichl
Vereinigung der Österreichischen Industrie
Landesgruppe Tirol

Dr. Peter Trost
Wirtschaftskammer Tirol

Mitglieder:

Dr. Jürgen Berger (bis 2/2002)
Kammer für Arbeiter und Angestellte Tirol
Dr. Fritz Baumann (ab 3/2002)
Kammer für Arbeiter und Angestellte Tirol

Siegfried Astl
Gewerkschaft Hotel, Gastgewerbe,
Persönliche Dienste

Stellvertretende Mitglieder:

Dr. Fritz Baumann (bis 2/2002)
Kammer für Arbeiter und Angestellte Tirol
Dr. Thomas Radner (ab 3/2002)
Kammer für Arbeiter und Angestellte Tirol

Horst Trutschnig
Gewerkschaft Chemie

Kooptierte BR-Mitglieder:

Bernd Oberschmied
LGS Tirol

Kooptierte stv. BR-Mitglieder:

Erwin Fritz
LGS Tirol

Landesgeschäftsführer:

Heinrich Rohrmoser

Stellvertreter des Landesgeschäftsführers:

Anton Kern

VORARLBERG
Landesdirektorium:

Mitglieder:

Dr. Werner Schelling
Landesgeschäftsführer des AMS Vorarlberg

Anton Strini
Stv. des Landesgeschäftsführers

Mag. Michaela Wagner
Vereinigung der Österreichischen Industrie
Landesgruppe Vorarlberg

Dr. Helmar Stefko (bis 7/2002)
Wirtschaftskammer Vorarlberg
Dr. Peter Kircher (ab 8/2002)
Wirtschaftskammer Vorarlberg

Mag. Heinz Peter
Kammer für Arbeiter und Angestellte Vorarlberg

Franz Leikam
Gewerkschaft Metall – Bergbau – Energie

Stellvertretende Mitglieder:

Irmgard Meyer
Vereinigung der Österreichischen Industrie
Landesgruppe Vorarlberg

Dr. Christoph Jenny
Wirtschaftskammer Vorarlberg

Rudolf Zimmermann
Kammer für Arbeiter und Angestellte Vorarlberg

Norbert Loacker
Österreichischer Gewerkschaftsbund

Kooptierte BR-Mitglieder:

Kurt Götz
RGS Bregenz

Kooptierte stv. BR-Mitglieder:

Elisabeth Krepelka
LGS Bregenz

Landesgeschäftsführer:

Dr. Werner Schelling

Stellvertreter des Landesgeschäftsführers:

Anton Strini

WIEN
Landesdirektorium:

Mitglieder:

Claudia Finster
Landesgeschäftsführerin des AMS Wien

Dr. Ingeborg Friehs
Stv. der Landesgeschäftsführerin

Dr. Thomas Oliva
Vereinigung der Österreichischen Industrie
Landesgruppe Wien

Ing. Josef Bitzinger
Wirtschaftskammer Wien

Josef Wallner (bis 10/2002)
Kammer für Arbeiter und Angestellte Wien
Dr. Gernot Mitter (ab 11/2002)
Kammer für Arbeiter und Angestellte Wien

Josef Macek
Gewerkschaft Metall – Bergbau – Energie

Stellvertretende Mitglieder:

Mag. Johannes Höhrhan
Vereinigung der Österreichischen Industrie
Landesgruppe Wien

Dr. Walter Zeiler
Wirtschaftskammer Wien

Mag. Silvia Hofbauer (bis 10/2002)
Kammer für Arbeiter und Angestellte Wien
Mag. Gerlinde Hauer (ab 11/2002)
Kammer für Arbeiter und Angestellte Wien

Karl Dürtscher
Gewerkschaft der Privatangestellten

Kooptierte BR-Mitglieder:

Gariele Kreutzer
LGS Wien

Gertrude Nemeth
RGS Jugendliche

Kooptierte stv. BR-Mitglieder:

keine

Landesgeschäftsführerin:

Claudia Finster

Stellvertreterin der Landesgeschäftsführerin:

Dr. Ingeborg Friehs

Impressum:
Medieninhaber, Herausgeber und Verleger: Arbeitsmarktservice Österreich
Treustraße 35–43, 1200 Wien, www.ams.or.at
Fotos: Thomas Rehak, Petra Spiola, Arnd Ötting, Zefa, Bene; Grafik: UNIQUE
Erschienen im Juli 2003.